

**Wahlprüfsteine der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der  
Berliner Hochschulen (LKRP) zur Wiederholung der Wahl zum  
Abgeordnetenhaus von Berlin**

**– Antworten der Parteien –**

Mit ihren Leistungen tragen die Berliner Hochschulen wesentlich zur Bedeutung des Landes Berlins als national und international anerkannter Wissenschaftsstandort bei. Gleichzeitig sind sie ein wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort Berlin und übernehmen zahlreiche gesellschaftliche Aufgaben, beispielsweise in der Ausbildung von Fachkräften und für die Lehrkräftebildung. Diese Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen muss das gemeinsame Ziel der Politik und der Berliner Hochschulen sein.

Dafür ist es von besonderem Interesse zu erfahren, wie die politischen Parteien die Hochschulen nach der Wiederholung der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin dabei unterstützen werden. Die LKRP hat daher Wahlprüfsteine zur Wahlwiederholung am 12. Februar 2023 formuliert, um die wissenschaftspolitischen Positionen und Vorhaben der Parteien detaillierter kennenzulernen. Alle im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien wurden von der LKRP mit der Bitte angeschrieben, die Antworten zu den Wahlprüfsteinen für ihre Partei an die LKRP zurückzusenden.

In der Übersicht werden die Antworten der Parteien zu den gestellten Fragen dargestellt.<sup>1</sup> Antworten zu den Wahlprüfsteinen hat die LKRP von den Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, AfD erhalten:

**1. Die Berliner Hochschulen als Leistungsträgerinnen der Berliner Wissenschaftslandschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Kunst und Kultur:**

Die Hochschulen sind ein bedeutsamer Teil der Metropole Berlin mit internationaler Strahlkraft: Mit rund 200.000 Studierenden und 50.000 Beschäftigten stehen Sie in der „Brain City Berlin“ nicht nur für exzellente Grundlagen- wie auch Anwendungsforschung, sondern sie sind auch bedeutsamer Wirtschaftsfaktor in der Stadt und verantworten die Ausbildung von Fachkräften für das gesamte Spektrum der Wirtschaft und Gesellschaft. Durch ihren aktiven Wissenstransfer sind die Hochschulen Kreativzentren und Innovationsquellen für die Hauptstadt und darüber hinaus. Ausgründungen erzeugen Arbeitsplätze, sind Motor für Start-ups und für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt.

**Wie beurteilt Ihre Partei die Rolle der Berliner Hochschulen? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Hochschulen und den Wissenschaftsstandort weiterentwickeln und stärken? Wie wollen Sie den Wissenstransfer unterstützen, um seine Potentiale für Berlin auszuschöpfen?**

**Die Linke**

Die Berliner Hochschulen sind ein wichtiger Attraktivitätsfaktor, der ganz entscheidend zur positiven Entwicklung unserer Stadt beigetragen hat – noch einmal besonders in den vergangenen 15 Jahren. Ohne die reichhaltige Wissenschaft, die Beschäftigten und

<sup>1</sup> Die Reihenfolge der aufgeführten Parteien entspricht dem aktuellen Sitzplan im Plenum des Abgeordnetenhauses von Berlin

	<p>Studierenden wäre die Stadt um vieles ärmer – wirtschaftlich, kulturell, politisch und allgemein gesellschaftlich.</p> <p>Die zu verhandelnden Hochschulverträge und das kürzlich novellierte Hochschulgesetz bilden das Instrumentarium der Hochschulentwicklung für die kommenden Jahre. Zentral für uns sind dabei die Modernisierung der Personalstrukturen, eine Konsolidierung der Hochschulstrukturen nach Jahren des immensen Wachstums an Drittmitteln und Studierenden sowie die Überwindung der Versäulung des Wissenschaftssystems in Berlin. Wünschenswert ist, dass auch aus den Hochschulen selbst Impulse für die Hochschulstrukturen der Zukunft, für Schwerpunkte in Forschung, Lehre und Transfer entwickelt und in die Vertragsverhandlungen eingebracht werden. Wissenstransfer ist als dritte Säule ein existenzielles Standbein der Berliner Hochschulen. Dabei sehen wir nicht nur den Transfer in die Produktentwicklung, sondern auch in Prozesse in Verwaltung, öffentlichem Sektor, Kultur und Zivilgesellschaft. Als DIE LINKE.Berlin unterstützen wir eine Stärkung des Themas in den kommenden Hochschulverträgen – etwa durch weitere Stärkung von Gründungsaktivitäten von Studierenden.</p>
<b>B90/Grüne</b>	<p>Berlin ist Deutschlands leistungsstärkster Wissenschaftsstandort, in denen den Berliner Hochschulen eine Schlüsselrolle zukommt. Sie bilden die Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Kunst und Gesellschaft und werden in der Gestaltung eines zukunftsfähigen Berlins von großer Wichtigkeit sein. Wir brauchen gut ausgebildete junge Menschen, die einen aktiven Part in der Transformation zu einer nachhaltigen und sozialgerechten Gesellschaft einnehmen. Außerdem ist die Wissenschaft von politisch zentraler Bedeutung in einer Demokratie und ihre Freiheit gilt es zu schützen.</p> <p>Wir wollen die Zugänge zum Studium für alle Interessierten, unabhängig der Lebensumstände und Herkunft, öffnen, indem wir gebührenfreies Studieren weitertragen und BAföG Eltern- und altersunabhängig gestalten. Ein Orientierungsstudium soll ermöglicht werden, um Fähigkeiten, die zum Studium vorausgesetzt werden, an alle vermittelt werden können.</p> <p>Wir wollen das Thema Gute Arbeit eine zentrale Rolle in der Wissenschaft spielen lassen, denn wir glauben, dass es Innovationskraft gute Arbeitsbedingungen und Planungssicherheit braucht. Deswegen wollen wir die prekären Umstände, unter denen viele Wissenschaftler*Innen arbeiten, bekämpfen und faire Löhne und langfristige Perspektiven auf Entfristungen bieten.</p> <p>Das Potenzial Berlins liegt auch in der Synergie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die wir weiter fördern möchten. Es gibt viele erfolgreiche Projekte und Umsetzungen, die zeigen, wie Wissenschaftstransfer funktionieren kann. Deswegen wollen wir die Zukunftsorte in Berlin weiter fördern und ausbauen, Foren zum Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickeln und neue Translationsprojekte anstoßen.</p>
<b>SPD</b>	<p>Wir stehen zu den Berliner Hochschulen als Stätten exzellenter Wissenschaft und Forschung, qualitativ hochwertiger Ausbildung dringend benötigter Fach- und Lehrkräfte und als Zentren für Innovationen und Kreativität für die Gesellschaft. Die Hochschulen sind mit 200.000 Studierenden und 50.000 Beschäftigten an sich schon ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Durch ihre Innovationskraft generieren sie zusätzliches Wirtschaftswachstum und Entwicklungspotentiale in der Stadt.</p> <p>Damit die Hochschulen ihre Aufgaben erfüllen und weiterentwickeln können, setzen wir uns für eine auskömmliche und gesicherte Finanzierung ein. Sonderprogramme wie etwa "Beste Lehrkräfte" werden verstetigt, um personelle Strukturen in der Lehrkräftebildung zu gewährleisten. Der vereinbarte 3,5-prozentige Aufwuchs muss als echter Aufwuchs von Inflation und Kostensteigerungen unabhängig gesichert sein.</p> <p>Wir stehen zur <i>Berlin University Alliance</i> (BUA) und Einsteinstiftung, die wir stärken und weiterentwickeln wollen. Die Hochschulen werden in der erfolgreichen Fortführung der Exzellenzstrategie unterstützt.</p>

	<p>Für eine stärkere Vernetzung wollen wir die außeruniversitäre Forschung (Berlin Research 50) weiter unterstützen und den Forschungsraum Berlin-Brandenburg ausbauen. Wir setzen uns für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen ein, um die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und die Entstehung von Start-ups zu unterstützen.</p> <p>Die Gründungszentren (FUBIC, CIF u.a.) an den Hochschulen werden von uns weiter unterstützt, um den Transfer von Forschungsleistungen in Startups zu fördern. Wir setzen uns für eine verstetigte Förderung und Weiterentwicklung des Instituts für angewandte Forschung (IFAF) Berlin ein.</p> <p>Eine moderne Wissenschaftskommunikation, OpenScience und Citizen Science sollen den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stärken.</p>
<b>CDU</b>	<p>Mehr als 250.000 Menschen aus allen Teilen der Welt lehren, forschen, studieren und arbeiten in Berlin. Mit über 40 Hochschulen, der Charité und mehr als 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist der Wissenschaftsbereich für Berlin ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktor von herausragender Bedeutung.</p> <p>Um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin zu stärken, werden wir die Spitzenforschung in der Wissenschaft weiter fördern und der Wissenschaft insgesamt ein größeres politisches Gewicht geben. Wir stehen für moderne Präsenzlehre und wollen Berlin zum Vorreiter einer digitalen Hochschullandschaft machen – von der Verwaltung bis zu Forschung und Lehre. Darüber hinaus wollen wir unsere Stadt zu einem der weltweit führenden Forschungsstandorte für Künstliche Intelligenz, Gesundheits- und Biotechnologie entwickeln. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft soll auch im Bereich von neuer Mobilität und Klimatechnologien so intensiv wie möglich sein: Dieser Austausch stärkt am Ende nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch die Klimahauptstadt Berlin.</p> <p>Die Berliner Kunst- und Musikhochschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Kulturmetropole Berlin. Wir wollen Wissenschaft, Kunst und Kultur noch stärker miteinander verbinden. Beispielsweise wird bereits in zahlreichen Forschungsverbänden (z.B. Berliner Antikekolleg, Einstein-Zentrum Chronoi) in und mit den Berliner Museen geforscht. Wir werden diese Exzellenzforschung verstetigen mit dem Ziel, durch gemeinsame S-Professuren, Spitzenköpfe nach Berlin zu holen und in Berlin zu halten. Wir werden dafür sorgen, dass die Ergebnisse der Spitzenforschung in den einzelnen Museen einem Millionenpublikum präsentiert werden.</p> <p>Um alle Potentiale von ‚Wissenschaft und Forschung‘ zu heben, wollen wir dieses Politikfeld in politischer, administrativer und finanzieller Hinsicht stärken. Dazu wollen wir wieder eine eigene Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung einrichten. Verlässlichkeit werden wir sowohl hinsichtlich einer mittelfristigen Haushalts- als auch in der Investitionsplanung für Sanierung und Ausbau der verschiedenen Hochschulstandorte gewährleisten.</p> <p>Maßnahmen zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes:</p> <p>Wir werden ein Berliner Unterstützungssystem zur Spitzenförderung für besonders befähigte Studentinnen und Studenten etablieren und herausragende Studenten durch ideelle, strukturelle oder finanzielle Vergünstigungen fördern.</p> <p>Mit der vom Land Berlin geförderten „Einstein Stiftung Berlin“ sowie der Berlin University Alliance nimmt Berlin bereits bundesweit einen Spitzenplatz in der Forschung ein. Wir werden einen Schwerpunkt auf den Berliner Erfolg in der nächsten Runde der Exzellenzstrategie legen und somit die Spitzenforschung vorantreiben. Dazu werden wir die Berliner Interessen in der bundesweiten Ausgestaltung dieser Wettbewerbsrunde nachdrücklich zur Geltung bringen und diese Entwicklung weiter unterstützen. Darüber hinaus streben wir international einen Platz an der weltweiten Spitze an, für den der Berliner Wissenschaftsstandort alle Potentiale besitzt.</p> <p>Wir wollen Berlin dauerhaft als Forschungsschwerpunkt für Zukunftstechnologien und führenden Standort für Künstliche Intelligenz (KI) etablieren. Wir werden Wissenschaftler, Gründer und Investoren nach Berlin locken und Anreize schaffen, damit sie langfristig in</p>

unserer Stadt forschen. Mit der Schaffung zusätzlicher KI-Professuren, der Implementierung von KI-Inhalten in Studiengängen und der Stärkung von Aus- und Weiterbildung von KI-Experten wollen wir eine kritische Masse schaffen, um alle wichtigen Köpfe (auch die zukünftigen) in Berlin zu haben. Unterstützend wirken können dabei beispielsweise ein Berliner Forschungspreis für KI oder ein JahresGastaufenthalt analog zu Alexander von Humboldt-Stellen. Wir wollen den Transfer von Forschung in die Anwendung verbessern. Künstliche Intelligenz soll in der Wissenschaft fest verankert, ihr Innovationspotential aber auch für die Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Wir werden die Hochschulmedizin stärken. Das von der Charité erarbeitete Standortkonzept, die Strategie 2030, bildet die Grundlage dafür, dass die Charité zukünftig ihr volles Potential entfalten und Berlin auf diese Weise langfristig zur führenden Metropole im Bereich der Gesundheitsforschung und -versorgung werden kann. Wir werden nicht nur den bereits begonnenen Reformprozess vorantreiben, sondern auch darauf hinwirken, dass in absehbarer Zeit eine bedarfsgerechte Anzahl von Studienplätzen im Bereich der Medizin sowie in der Pflege- und Hebammenausbildung an allen geeigneten Ausbildungsstätten im Land Berlin vorgehalten wird. Zudem setzen wir über das bereits bestehende PhD-Programm an der Charité hinaus auf die Einführung eines Studiengangs Health Data Science, der die Gesundheitsforschung, die Gesundheitsökonomie und die Digitalisierung miteinander verbindet.

Mit der Etablierung eines Future Health Campus im Berliner Zentrum, der innovative Gesundheitslösungen aus der Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft, Startups, Politik und Gesellschaft schafft, kann ein Signal für die Kompetenz Berlins gesetzt werden: Aus einem intelligenten Miteinander einer Vielfalt von Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren werden innovative Lösungen für die Welt von morgen entwickelt. Auch die Gründung von BiotechUnternehmen werden wir unterstützen.

Wir werden Berlin zum Vorreiter einer digitalisierten Hochschullandschaft machen. Dafür werden wir die planbare Finanzierung der digitalen Lehre und der modernen Hochschulverwaltung sicherstellen und die Potenziale der Anwendung digitaler Instrumente und Methoden in den Bereichen Lehre und Forschung ausschöpfen.

Wir werden die exzellente Forschung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Quantenforschung stärker vernetzen. Als „Quanten-Hauptstadt“ soll Berlin eine herausragende Rolle in den deutschen und europäischen Quantentechnologie-Netzwerken einnehmen.

Wir werden die DDR-Forschung gerade an den Berliner Hochschulen deutlich breiter aufzustellen. Neben der historischen Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden sind die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen des andauernden Transformationsprozesses in allen postsozialistischen Ländern umfassend wissenschaftlich zu betrachten.

Die beiden konfessionellen Hochschulen in Berlin sollen in der nächsten Legislaturperiode bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Eine staatlich finanzierte humanistische Hochschule lehnen wir ab, denn mit der Alice Salomon Hochschule Berlin besteht bereits eine große und leistungsstarke staatliche Hochschule für die soziale Arbeit.

Um den Transfer von Wissen und Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft langfristig zu stärken, wollen wir unternehmerische Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verankern. Berlins Hochschulen bieten bereits erfolgreiche Studiengänge in diesem Bereich an. Kooperative Forschungsvorhaben der Hochschulen mit Akteuren der Berliner Wirtschaft, der Verwaltung und dem gemeinnützigen Sektor sollen Unterstützung finden. Unser Ziel ist es, den Gründergeist auch in den weiteren Karriereverläufen und in der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung zu stärken.

Das Potential der „Entrepreneurship Education“ und der Arbeit der Gründungszentren muss sich entfalten können. Wir werden hochschulübergreifende Strukturen schaffen, mit denen die wissensbasierte Gründungsinfrastruktur in Berlin zu einem internationalen Leuchtturm wird. Dazu werden wir den Hochschulen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie sich

	bei den anstehenden Verbundförderungen des Bundes mit hervorragenden Erfolgchancen bewerben können.
<b>AfD</b>	<p>Die Weiterentwicklung und Stärkung der Hochschulen verlangt eine Stärkung der Autonomie und Handlungsfähigkeit, eine Verbesserung der Grundfinanzierung, Strukturen für gelingende Kooperationen und eine schnellere Bereitstellung von Infrastruktur (z.B. BESSY III).</p> <p>Hochschulleitungsstrukturen müssen Handlungsfähigkeit gewährleisten. Im System der Gruppenuniversität liegt eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Hochschulen. Im Zuge der Politisierung sind an die Stelle der institutionell vorausgesetzten „Interessengruppen“ (Hochschullehrer, Studenten, wissenschaftliche und nicht- wissenschaftliche Mitarbeiter) quer durch die Gruppen hochschulpolitische Fraktionen getreten, deren Handeln nur allzu oft allein politisch bestimmt und nicht mehr wissenschaftlich-sachorientiert ist. Es darf nicht passieren, dass eine von einem Gremiengestrüpp überzogene Hochschule nur noch mit der eigenen Selbstverwaltung beschäftigt ist. Die Professorenmehrheit muss gewahrt bleiben. Die Verfasste Studentenschaft sollte nach Bayerischem Vorbild in eine Freie Studentenschaft überführt werden.</p> <p>Die AfD-Fraktion hat sich über einen Plenarantrag dafür eingesetzt, den Wissenstransfer zu stärken und zum Gegenstand der Hochschulverträge zu machen (Antrag AfD Drucksache 18/3705 vom 11.05.2021). Dazu gehören eine Berliner Transferstrategie, Transferscouts und Transfersemester, Technologiescouting und Validierungsforschung, Fachkräftegewinnung für den Mittelstand, ein führendes Start-Up-Ökosystem, Partnersuche für kooperationsunerfahrene Unternehmen, Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft (Unternehmen als Impulsgeber für die Forschung), Forschung zu zukunftsweisenden Technologien, Stipendien für Hochqualifizierte. Wir brauchen inkrementelle und disruptive (radikale) Innovation.</p>
<p><b>2. Zur Hochschulautonomie bzw. zum Abbau zunehmender Detailsteuerung:</b></p> <p>Wissenschaft ist laut Bundesverfassungsgericht „ein grundsätzlich von Fremdbestimmung freier Bereich autonomer Verantwortung“. Aus der grundgesetzlich verankerten Freiheit von Forschung und Lehre (wortgleich in der Berliner Verfassung) erwächst nicht nur der Auftrag an die Hochschulen für Ihre Beiträge und Leistungen in Forschung und Wissenschaft, Lehre und Bildung: Die Hochschulautonomie ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Hochschulen ihren anspruchsvollen Auftrag erfüllen können.</p> <p>In der Vergangenheit wurden zusätzliche Freiräume in der Hochschulgovernance verantwortungsvoll genutzt und diese haben auch maßgeblich dazu beigetragen, die Berliner Wissenschaft zu ihrer aktuellen Leistungsstärke zu führen, die u.a. an den Erfolgen in den Exzellenzwettbewerben ablesbar ist. Die Hochschulautonomie in Berlin muss für die Zukunft gesichert und gestärkt werden:</p> <p>a) Schlanke Ausgestaltung der nächsten Hochschulverträge und des zugehörigen Verfahrens der Mittelvergabe nach klaren Parametern entlang des 2021 im Auftrag von Hochschulen und Senatsverwaltung erstellten „Prömel-Gutachtens“<sup>2</sup>. Ziel ist die Entwicklung benachteiligungsfreien, erreichbaren und ernsthaft beeinflussbaren Leistungskriterien, also als Entwicklungs- und Verantwortungsrahmen, nicht als Kontrollinstrumente;</p> <p>b) Berufungsrecht in Zukunft (wie in vielen anderen Bundesländern) bei den Hochschulen selbst – mit Qualitätssicherung über Berufsregeln und Kompetenz der Verwaltungsstrukturen an den Hochschulen;</p> <p>c) Autonomie der Hochschulen bei der Gestaltung von Chancen und Karrierewegen;</p> <p>d) Schutz gegen Detailsteuerung in Studium und Lehre (auf Basis der Systemakkreditierung der Hochschulen);</p> <p>e) Autonomie der Hochschulen bei der Ausgestaltung der Haushalte inklusive der Stellenpläne und Rücklagen (nach §25 Landeshaushaltsordnung), sowie</p>	

<sup>2</sup> <https://www.lkrp-berlin.de/aktuelles/210603-gutachten-hochschulvertraege>

f) Erweiterung der Mandatierung der Hochschulen für Hochschulbau unter eigener Regie.

**Unterstützen Sie die Stärkung der Hochschul-Autonomie? Welche der genannten Komponenten tragen Sie mit, um den Ausbau der Autonomie der Hochschulen voranzutreiben? Welche Prioritäten werden Sie hierbei setzen? In welchen Bereichen sehen Sie einen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf?**

<b>Die Linke:</b>	Berlin unterstützt die weitgehende Stärkung der Hochschulautonomie. So sind im Zuge der vergangenen BerlHG-Novelle viele Aufgaben auf die Hochschulen übergegangen, etwa die Aufstellung der Haushaltspläne sowie die Personalentwicklung. Wir können uns auch die weitergehende Übertragung der Bauherrneigenschaft vorstellen. Wir setzen uns für eine Entschlackung des Berichtswesens zugunsten strafferer und zielgenauer Berichte ein. Zudem wollen wir eine Stärkung der Grundfinanzierung durch Reduzierung der Anzahl an Leistungsfaktoren erreichen.
<b>B90/Grüne:</b>	<p>Wir als Bündnis 90/Die Grünen stehen für die Wissenschaftsfreiheit als essenzieller Bestandteil der Demokratie ein. Die Wissenschaft muss in Unabhängigkeit sein, und diese unterstützen wir. Krisen, wie die Corona-Krise, zeigen uns, dass es von zentraler Wichtigkeit ist, auf Wissenschaft zu hören und dass Wissenschaftsfreiheit keine Selbstverständlichkeit ist, sondern geschützt werden muss. Die Hochschulverträge haben sich als bewährte Mittel gezeigt, das Verhältnis zwischen Land und Hochschulen zu strukturieren und Finanzierungsgrundlagen zu bieten. Zudem wollen wir die Wissenschaftsfreiheit durch aufgabengerechte Finanzierung der Hochschulen stärken. Die Hochschulvertragsverhandlungen spielen in diesem Jahr eine große Rolle und wir wollen diese effizient und transparent gestalten. Wir wollen klare Richtlinien schaffen, mit gezielten Maßnahmen und Indikatoren, um dessen Qualität und Erfolg zu bemessen. Wir wollen langfristige Hochschulverträge, die durch einen partizipativen Prozess gestaltet werden, in denen Landesinteressen, Hochschulinteressen und Stadtgesellschaft Raum finden. Zudem soll akademische Selbstverwaltung gestärkt, und bereits funktionierende Modelle weiter genutzt werden.</p> <p>Um die Partizipation für alle Gruppen abzusichern, sehen wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium als wichtig an, das die Zusammensetzung und Aufgaben aller Gremien der Hochschulen beschließt. Die Wahl des Präsidiums soll durch ein paritätisch zusammengesetztes Gremium geschehen, und die Unterstützung der Gremienarbeit für alle mitwirkenden Hochschulangehörigen durch ein Hochschulreferat geregelt sein. Wir wollen die Erprobungsklausel aufheben und denjenigen, die von der bisherigen Regelung eingeschränkt wurden, wieder Partizipation und Mitbestimmung ermöglichen. So arbeiten wir entgegen der Verschiebung von Kompetenzen und Entscheidungen auf der Leitungsebene.</p>
<b>SPD:</b>	<p>Sozialdemokratische Wissenschafts- und Forschungspolitik bedeutet unabhängige, kritische Wissenschaft. Sie rechtfertigt sich aus sich selbst heraus und untersteht allein den wissenschaftlichen Prinzipien. Diese Aussage klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Tatsächlich ist Wissenschaft mehr und mehr zahlreichen Abhängigkeiten ausgesetzt. Manche von ihnen sind nicht vollständig vermeidbar, etwa bei der Finanzierung. Aber eine Wissenschaft, die nur solche Ergebnisse „produzieren“ soll, die von Auftraggebern gewünscht sind, ist Pseudo-Wissenschaft.</p> <p>Die Hochschulautonomie soll in den Aufgabenbereichen, die die Hochschulen eigenverantwortlich gestalten, gesichert und gestärkt werden. Die gerade begonnenen Hochschulvertragsverhandlungen sind ein geeignetes Mittel zur Ausgestaltung der gesetzlich verankerten Hochschulautonomie im Sinne einer Balance zwischen Autonomie und Rechenschaftspflicht. Im Zuge dessen setzen wir uns für eine stärkere Grundfinanzierung und somit für ein gesundes Verhältnis zwischen Grund- und Drittmittelfinanzierung ein. Wir unterstützen die Eigenständigkeit der Hochschulen in der Planung und Durchführung von Investitionen in ihre Infrastruktur und Gebäude. Dazu zählt auch der Erhalt von dafür vorgesehenen Rücklagen.</p> <p>Wir begrüßen den Wunsch der Hochschulen nach einer Stärkung bei der Personalauswahl auch durch eine Übertragung des Berufungsrechts. Dies sollte auf Antrag erfolgen, bei</p>

	<p>gleichzeitiger Gewährleistung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Darüber hinaus stehen wir vollumfänglich hinter der Wissenschaftsfreiheit und sehen die Hochschulen in Berlin erfolgreich aufgestellt in der Ausgestaltung einer unabhängigen und erkenntnisorientierten Grundlagenforschung sowie der angewandten Forschung.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Die Hochschulautonomie ist ein hohes Gut und Gelingensvoraussetzung für erfolgreiche Lehre und Forschung. Die Berliner Hochschulen haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, ihre Autonomie in einer Weise zu nutzen, die die Leistungserwartungen des Landes erfüllen kann. Wir werden den Hochschulen Freiheiten zurückgeben. Dafür werden wir das Berliner Hochschulgesetz und die Hochschulverträge entschlacken. Die Senatsverwaltung soll sich zukünftig auf die Rechtsaufsicht konzentrieren. Berechtigte Landesinteressen sollen über Zielvereinbarungen bzw. die Hochschulverträge Berücksichtigung finden. Detailvorgaben zur Einrichtung bestimmter Referate, zur Bestellung immer neuer Beauftragter und Beschwerdegremien sowie Eingriffe in die Curricula und Zulassungsordnungen werden wir zeitnah abbauen.</p> <p>Was die leistungsorientierte Hochschulfinanzierung betrifft, muss sichergestellt werden, dass die Kriterien fair, ideologiefrei und tatsächlich von den Hochschulen beeinflussbar sind. Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit, daher sprechen wir uns für eine solide Grundfinanzierung aus und werden kurzfristige Sonderprogramme, die eine Ursache für die hohe Anzahl befristeter Arbeitsverträge darstellen, minimieren. Die Freiheitsgrade der Hochschulen bezüglich des Berufungsrechts, der Personalselektion und der Ausgestaltung von Karrierewegen werden wir erhöhen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Ausweitung der Möglichkeiten für kooperative Zusammenarbeit ein, um die vielfältig bestehenden Synergien viel umfassender zu nutzen, als dies bisher der Fall ist. Gerade bei Liegenschaften, großen IT-Projekten und sonstigen Anschaffungen bzw. Beauftragungen werden wir die Zusammenarbeit der Hochschulen unterstützen.</p>
<b>AfD:</b>	<p>Die AfD unterstützt die Stärkung der Hochschulautonomie in vollem Umfang. Dazu gehört eine schlanke Ausgestaltung der nächsten Hochschulverträge und eine Mittelvergabe nach Parametern gemäß des „Prömel-Gutachtens“. Die Hochschulverträge sollen die Entwicklung rahmen, aber keine Knebelungsinstrumente darstellen. Beim Berufungsrecht sollten die Hochschulen in Zukunft (wie in vielen anderen Bundesländern) – entlang von transparenten Kriterien der Qualitätssicherung mehr Eigenständigkeit erhalten. Auch in Hinsicht der Gestaltung von Karrierewegen müssen die Hochschulen aus verfassungsrechtlichen Gründen die notwendige Autonomie behalten, aber in ihrem Gestaltungsspielraum auch finanziell gestärkt werden. Gegen übermäßige Detailsteuerung in Studium und Lehre müssen die Hochschulen geschützt werden. Dazu gehört auch die Streichung von detailsteuernden Aspekten aus dem Hochschulgesetz, die die AfD-Fraktion gerade rechtlich prüfen lässt. Das Prinzip der Globalhaushalte muss fortgeführt werden. Das Hochschulgesetz muss den Hochschulen die notwendige Handlungsfreiheit geben. Dazu gehört auch das Festhalten an einer echten Experimentierklausel / Erprobungsklausel. Eine Erweiterung der Mandatierung der Hochschulen für den Hochschulbau unter eigener Regie wäre sinnvoll.</p> <p>Ergänzung zu 2. d) Systemakkreditierung der Hochschulen:</p> <p>Der Nutzen des Akkreditierungswesens ist bis heute empirisch nicht belegt. Es existiert keine empirische Untersuchung, inwiefern die Akkreditierung von Studiengängen überhaupt zu einer Qualitätsverbesserung bzw. Qualitätssicherung führt. Es ist ein verbreiteter Irrglaube, dass die Akkreditierung auf eine allgemeine Qualitätssteigerung zielt. Die Akkreditierung kann lediglich eine Mindestqualität gewährleisten, ohne dass dies an den staatlichen Hochschulen in Deutschland je ein Problem gewesen wäre. Im harmlosen Fall ist die Akkreditierung ein formalbürokratischer Akt ohne inhaltliche Konsequenzen. Im ungünstigsten Fall können Vorgaben der Akkreditierungskommission die Qualität der Studiengänge erheblich beeinträchtigen, denn durch die wechselnde Zusammensetzung der Kommissionen kommt es immer wieder zu willkürlichen Anforderungen. Aus subjektiven Präferenzen resultieren dann inhaltliche Auflagen, die die Stringenz der Prüfungsordnungen</p>

	<p>gefährden. Durch den Akkreditierungszwang kommt es unvermeidlich zu einer Beschneidung der Autonomie der Hochschulen. Der Akkreditierungszwang gefährdet die Kulturhoheit der Länder und nimmt den Hochschulen die Möglichkeit, über die Gestaltung der Studiengänge selbst bestimmen zu können. Im Heidelberger Aufruf gegen die Akkreditierung heißt es: „Das Unwesen der Akkreditierung führt zu universitärer Planwirtschaft, einem Exzess an Bürokratie und zur Selbstherrlichkeit einer niemandem verantwortlichen Akkreditierungsoligarchie.“ Durch den Staatsvertrag zur Studienakkreditierung werden private und staatliche Steuerungselemente auf problematische Weise verschränkt. Die Hochschulen beauftragen privatrechtlich eine Akkreditierungsagentur, die ein Gutachten verfasst, auf dessen Grundlage der Akkreditierungsrat per Verwaltungsakt über die Akkreditierung entscheidet. Daran knüpfen sich ungelöste Rechtsschutzfragen an, wenn die Hochschulen oder einzelne Fakultäten das durch die Agentur geleistete Begutachtungsverfahren als fehlerhaft einstufen. Besser wäre es, die formelle Zulassung der Studiengänge durch den zuständigen Minister/Senator unter Wahrung der Freiheit in Forschung und Lehre zu ermöglichen. Dies war gängige Praxis vor Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in der Zeit vor der Bologna-Reform. Das System der Akkreditierung ist ein bürokratisches Monstrum, das keine Verbesserung der Lehre bewirkt. Die Verfahren zur Akkreditierung sind für die beteiligten Professoren über Monate mit einem immensen Zeitaufwand verbunden, für die Hochschulen mit hohen Kosten. Darüber hinaus behindern sie die kurzfristige bedarfsgerechte Änderung von Lehrinhalten oder Prüfungsregularien massiv. Daher sind wir für eine Revision des Akkreditierungszwangs.</p>
<p><b>3. Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz der Hochschulen:</b></p> <p>Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Migration und Diversität sind die großen gesellschaftlichen Herausforderungen von heute, denen sich die Hochschulen bereits stellen und auch in Zukunft verstärkt in Forschung und Lehre stellen müssen. Zu solchen Themen sind regelmäßig befristete Programme mit kurzfristig nutzbaren Mitteln aufgesetzt worden, dabei braucht es langfristig wirksame, belastbare und effektive Strukturen und Programme – und folglich einen Übergang von Projektfinanzierungen zu auskömmlicher Grundfinanzierung, aus der dann u.a. Dauerstellen eingerichtet werden können. Nur dies ermöglicht ein nachhaltiges, resilientes, solidarisches Handeln der Hochschulen in der Polykrise – zu deren Bewältigung die Hochschulen entscheidende Beiträge leisten müssen!</p> <p><b>Welche Maßnahmen und Initiativen erachten Sie für geeignet, um Hochschulen nachhaltig zukunftsfähiger auszustatten und auch in akuten Krisenzeiten ihre größtmögliche Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Wie unterstützen Sie die Realisierung?</b></p>	
<p><b>Die Linke:</b></p>	<p>Berlin sieht die Verwaltungsbereiche der Hochschulen nach vielen Jahren des Sparens an der Grenze der Belastungsfähigkeit und zum Teil darüber hinaus. Wir müssen gemeinsam Wege finden, das Funktionieren der Basisfunktionen der Hochschulen auch in Krisenzeiten personell, räumlich und IT-technisch abzusichern.</p> <p>Im Rahmen der Investitionsplanung muss die energetische Sanierung von Gebäuden in den Vordergrund rücken und durch einen Masterplan Sanierung unteretzt werden. DIE LINKE. Berlin setzt sich auch angesichts der Baukostensteigerungen für einen deutlichen Ausbau der Investitionsfinanzierung seitens des Landes ein.</p>
<p><b>B90/Grüne:</b></p>	<p><i>(Hinweis der LKRP-Geschäftsstelle: Die Antwort Fragen 3 und 4 wurden von der Partei zusammen beantwortet)</i></p> <p>Die vergangenen Jahre sind von multiplen Krisen geprägt, und neue Krisen prägen unsere Gegenwart. Jetzt gilt es, diese gemeinsam zu überwinden und zukunftsfähige Strategien, mit Krisen umzugehen, zu entwickeln. Schon die Corona-Krise zeigte, wie wichtig Krisenresilienz ist und wie flexibel die Hochschulen sich besonderen Umständen anpassen konnten: Hybrides Lernen wurde ermöglicht und Digitalisierung in der Lehre vorangetrieben. Dafür gilt den Hochschulen ein großes Lob.</p> <p>In künftigen Krisen möchten wir aus diesen Erfahrungen lernen. Flexibles Lernen bleibt für Studierende ein wichtiges Thema, auch nach Hochschulschließungen. Ob sie neben ihrem</p>

	<p>Studium berufstätig sind, Care-Arbeit leisten oder mit Erkrankungen leben, viele würden von einem flexiblen Lehren und Lernen profitieren. Auch ein gutes digitales Angebot bleibt wichtig, wie zum Beispiel digitale Bibliotheken, die wir ausbauen wollen, und die Möglichkeiten hybrides Lernen auch in der Zukunft zu nutzen.</p> <p>Die Inflation und Energiekrise fordern uns als Gesellschaft heraus. Wir wollen entsprechende Maßnahmen und Mittel ermöglichen und planen, wie wir zusätzliche Belastungen der Hochschulen abfedern können. Zum Energieeinsparen gibt es bereits Pläne, die erfolgreich an den Hochschulen umgesetzt werden. Weiterhin gilt, bewährte Steuerungsmittel, wie die in den Hochschulverträgen festgesetzten 3,5% Aufwuchs der Landesmittel pro Jahr, weiterzuführen, um Planungssicherheit zu schaffen. Das Überführen von Sonder-Programmen in langfristige Programme ist eine Möglichkeit, Hochschulen langfristig krisensicherer zu machen. Des Weiteren wollen wir den derzeitigen Investitionsstau abbauen und energetische Sanierungen und Klimaneutralität bei Neubauvorhaben voranbringen und Sanierungspläne unter Berücksichtigung der Finanzlage Berlins aufstellen.</p> <p>Für eine zukunftsfähige Wissenschaft sind gute Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit essenziell. Nachhaltigkeit und Diversität wollen wir in den Aufgaben, Strukturen, und Organisation der Lehre, Forschung und Studium widerspiegeln und verpflichtende Nachhaltigkeitsziele mit den Hochschulen festsetzen. Innovation und Zukunftsfähigkeit brauchen zudem Sicherheit für Mitarbeitende, keine prekären Arbeitsbedingungen, unter denen momentan viele Wissenschaftler*Innen leiden. Deswegen wollen wir eine Entfristung von Stellen großflächig voranbringen. Das trägt zu einem attraktiven und sozialen Wissenschaftsstandort Berlin bei.</p> <p>Die Wissenschaft leistet einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven, nachhaltigen Gesellschaft, in der sozial-ökologische Forschung viel Raum bekommen soll.</p>
<b>SPD:</b>	<p>Die Stärkung der Hochschulen und Ausrichtung für die Zukunft sind wesentliches Ziel der Hochschulvertragsverhandlungen, die wir eng begleiten. Wir unterstützen die Hochschulen bei der Digitalisierung, um eine effiziente digitale Infrastruktur auf- sowie digitale Lehr- und Lernangebote auszubauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sehen wir als Chance, anwendungsorientierte Forschung für innovative Lösungen auf drängende Herausforderungen zu finden.</p> <p>Dazu fördern und unterstützen wir Hochschulkooperationen wie die BUA oder das IFAF. Bei akuten Herausforderungen, wie den Energiekostensteigerungen, setzen wir uns für finanzielle Mittel zur Bewältigung ein. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm soll als wichtiges Instrument der Frauenförderung fortgeführt und weiter entwickelt werden.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Hochschulen sind Vorbilder und Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklungen. Deshalb soll das Prinzip der Nachhaltigkeit in ihrem eigenen Betrieb, also bei Lehre, Forschung und Administration, noch stärker zur Anwendung kommen. Darüber hinaus werden wir die Kompetenzen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung voll ausschöpfen und in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln.</p> <p>Die Hochschulen sind ein wesentliches Element in der Bewältigung der jüngsten Krisen. Klimawandel, Pandemien und Herausforderungen der Migration sowie der inneren und äußeren Sicherheit kann auch zukünftig nur unter Einbeziehung der Wissenschaft begegnet werden. Die Hochschulen müssen daher selbst krisenresilient sein und zur Resilienz unseres Gemeinwesens beitragen. Wir werden daher auch die Hochschulen befähigen, Schwerpunkte ihrer Resilienzforschung zu bilden und diese auch auskömmlich finanzieren, damit wir uns bestmöglich auf neue Krisen vorbereiten können. Unter anderem werden wir ein Berliner Zentrum für Resilienzforschung einrichten. Die COVID-19-Pandemie zeigt, wie sehr externe Schocks unsere gesamte Gesellschaft treffen können. Um zukünftig für ähnliche Ereignisse besser gewappnet zu sein, muss Deutschland resilienter werden.</p> <p>Wir werden Berlin zum Vorreiter einer digitalisierten Hochschullandschaft machen. Dafür werden wir die planbare und sichere Finanzierung der digitalen Lehre und modernen Hochschulverwaltung sicherstellen und die Potenziale der Anwendung digitaler Instrumente</p>

	<p>und Methoden in den Bereichen Lehre und Forschung bestmöglich ausschöpfen. Wir werden in enger Abstimmung mit den Hochschulen ein Konzept erarbeiten, das die notwendigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Hochschulen schafft sowie einen Zeitplan zur Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Ziele festlegt. Dazu gehört u.a. die Erarbeitung didaktischer und pädagogischer Konzepte für den sinnvollen Einsatz digitaler Elemente in der Lehre, die Integration digitaler Medienbildung und -kompetenz in die Curricula, umfassende Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Entwicklung von Schnittstellen zwischen vorhandenen Informationssystemen sowie der fortlaufenden Auf- und Ausbau notwendiger Datenbestände und die Festlegung von Standards für eine datenschutzkonforme digitale Übermittlung von Daten zwischen den Hochschulen.</p>
<b>AfD:</b>	<p>Die Grundfinanzierung muss verbessert werden. Die starke Abhängigkeit von Drittmitteln muss reduziert werden, außerdem muss es Overhead-Pauschalen geben.</p> <p>Die Hochschulen sollten in die Lage versetzt werden, Kapital aufzubauen und – nach amerikanischem Vorbild – Einnahmen aus hochschuleigenen Stiftungen zu generieren. Auch nachgelagerte Studiengebühren sollen dazu einen Beitrag leisten.</p>
<p><b>4. Abschirmung gegenüber den finanziellen Risiken aus Inflation und steigenden Energiekosten, und Ausfinanzierung benötigter Tarifsteigerungen:</b></p> <p>Wie schon 2022 und 2023 sind auch für die kommenden Jahre überdurchschnittliche Kostensteigerungen durch Inflation und Energiepreise zu erwarten, in der Folge sind auch substanzielle Tarifsteigerungen und damit Erhöhung der Personalkosten für die Hochschulen nötig und zu erwarten. Alle diese Steigerungen werden deutlich über dem Aufwuchs von 3,5 Prozent pro Jahr liegen, der im Koalitionsvertrag – also vor Ukrainekrieg, Energiekrise und Inflation – für die Hochschulfinanzierung eingeplant war. Bislang gibt es dafür keine nachhaltige finanzielle Grundabsicherung, ohne den die Hochschulen diese Risiken ganz oder teilweise aus ihren laufenden Haushalten tragen müssten, was zu einem massiven Abbau der Hochschulbudgets führen würde, mit massiven Konsequenzen für die Personalstruktur, für die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen und für die Leistung der Berliner Hochschulen in Forschung, Lehre und Transfer. Hinzu kommen zahlreiche Pflichtaufgaben aus der BerlHG-Novelle: Diese sieht die Schaffung von neuen Stellen für die Hochschulen Berlins vor, welche gerade für kleinere Hochschulen finanziell kaum zu leisten sind.</p> <p><b>Wie will Ihre Partei die Finanzierung für die Aufgaben, Produktivität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen auch in diesen Zeiten großer Kostensteigerungen sichern?</b></p>	
<b>Die Linke:</b>	<p>Die Bedingungen haben sich seit dem Beginn der Hochschulverträge durch multiple Krisen komplett verändert. Während 2018 Berlin mit dem 3,5%-Aufwuchs den Hochschulen Spielräume für eine Entwicklung eröffnete, reicht die Erhöhung der zur Verfügung gestellten Mittel heute nicht aus, um die steigenden Kosten zu decken. Daher braucht es eine krisenfeste Finanzierung der Hochschulen und Sonderhilfen bei besonderen Vorkommnissen. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass steigende Energie-, Bau- und Tarifkosten über Gleitklauseln komplett gegenfinanziert werden. Über diese Gleitklauseln hinaus sollten 1,5 Prozent jährlich für die Weiterentwicklung der Hochschulen zur Verfügung stehen.</p>
<b>B90/Grüne:</b>	<p><i>(Hinweis der LKRP-Geschäftsstelle: Die Antwort Fragen 3 und 4 wurden von der Partei zusammen beantwortet; Antwort zu Frage 4 siehe Antwort zu Frage 3)</i></p>
<b>SPD:</b>	<p>Zur Bewältigung der Energiekostensteigerungen wurden im Entlastungspaket des Landes Berlin kurzfristig Millionenbeträge zur Verfügung gestellt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass weitere Baukostensteigerungen und Energiekostensteigerungen unabhängig des 3,5-%-Ziels aufgefangen werden.</p> <p>Das in den Hochschulverträgen festgeschriebene Ziel der "Guten Arbeit" beinhaltet auch eine Berücksichtigung der Tariflohnsteigerungen und der Pensionslastenverpflichtungen in vollem Umfang. Eine gute Tarifentwicklung darf nicht zu Lasten der Qualität in Forschung und Lehre an den Hochschulen führen. Dazu stehen wir.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Die von der derzeitigen Koalition in Aussicht gestellte Budgeterhöhung von 3,5 Prozent pro Jahr würde angesichts der Tarif- und (Energie-) Kostenentwicklungen unweigerlich zu realen</p>

	<p>Haushaltskürzungen der Berliner Hochschulen führen, denen sie durch Kürzungen in ihrer Leistungserbringung begegnen müssten. Dies wäre angesichts der Bedeutung der Hochschulen für die Fachkräftebildung und die Entwicklung unserer Stadt kontraproduktiv. Daher werden wir eine der Inflation angemessene Hochschulfinanzierung sicherstellen, ohne dabei auf die zweckgebundenen Rückstellungen der Hochschulen zuzugreifen. Die Beschäftigten brauchen zum Ausgleich der hohen Kosten angemessene Tarifabschlüsse, die in der Hochschulfinanzierung auskömmlich ausfinanziert sein müssen. Die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes hat zu weiteren Pflichtaufgaben geführt, die nicht ausfinanziert wurden. Wir werden daher gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, von welchen wissenschaftsfremden Pflichtaufgaben sie befreit werden können (siehe Antwort zu 2.).</p>
<p><b>AfD:</b></p>	<p>Die 3,5% Aufwuchs für die Hochschulen sind nicht mehr ausreichend. Die Mittel für die Hochschulen müssen über die Hochschulverträge an die Kostensteigerungen angepasst werden. Zudem muss es im Krisenfall Sonderzuweisungen geben, z.B. für Energiekosten. Es darf an den Hochschulen keinen Stellenabbau geben. Die AfD-Fraktion will den Bereich Wissenschaft und Forschung vielmehr ausbauen und hat sich in den Haushaltsberatungen für eine zusätzliche Forschungsmilliarde eingesetzt.</p> <p>Die über die letzte Hochschulnovelle verankerte Verpflichtung, neue Stellen gegen Antidiskriminierung und mehr Stellen für Frauenbeauftragte zu schaffen, halten wir hingegen nicht für erforderlich.</p>
<p><b>5. Qualität in der Lehrkräftebildung:</b></p> <p>In Berlin besteht ein gravierender Lehrkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren fortsetzen und tendenziell noch verschärfen wird, insbesondere in den Grundschulen. Das Land Berlin steuert mit Sonderprogrammen dagegen, die allerdings bisher vor allem kurz- bzw. mittelfristig angelegt sind. Eine weitere bestehende Maßnahme sind Quereinstiegsmaster-Studiengänge, die bislang als Modellversuche angelegt, also quantitativ und zeitlich limitiert sind.</p> <p><b>Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die kurzfristigen Sonderprogramme in langfristige Perspektiven zu überführen, um den Universitäten Planungssicherheit zu geben? Wird Ihre Partei die im derzeitigen Koalitionsvertrag vorgesehene Flexibilisierung der Fächerkombinationen im Lehramt Grundschule umsetzen (beispielsweise eine Kombination aus künstlerischem Fach und Mathe ODER Deutsch)? Wird Ihre Partei die Verstetigung und den Ausbau der bestehenden Quereinstiegsmaster-Studiengänge unterstützen? Was beabsichtigen Sie, um die Attraktivität für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums und für den Lehrerberuf in Berlin zu steigern?</b></p>	
<p><b>Die Linke:</b></p>	<p>Berlin wird sich dafür einsetzen, die Unterstützung für die lehrkräftebildenden Universitäten weiter auszubauen. Dazu wollen wir Sonderprogramme, wie das Programm „Beste Lehrkräftebildung für Berlin“ verstetigen und zusätzlich zum bestehenden jährlichen Aufwuchs in die Hochschulverträge integrieren. Mit dem Nachtragshaushalt für 2022/23 ist es uns als DIE LINKE. Berlin bereits gelungen, die für 2023 vorgesehenen zusätzlichen fast 17 Mio. € für Lehrkräftebildung auch für 2024 und 2025 zu sichern. Den Anteil dieser Mittel, der für den Ausbau der Studienplatzkapazitäten vorgesehen ist, wollen wir dabei in den kommenden Jahren erhöhen. Im Gegenzug streben wir die Vereinbarung von 3.000 Lehramtsabsolvent*innen in den neuen Hochschulverträgen an.</p> <p>Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass das Land Berlin die KMK-Präsidenschaft nutzt, um einen Staatsvertrag Lehrkräftebildung zu initiieren, in dem sich die Länder zur bedarfsdeckenden und bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften verpflichten. Grundlage dafür muss eine standardisierte bundesweite Lehrkräftebedarfsprognose sein. Flankiert werden sollte der Staatsvertrag aus unserer Sicht von einer bundesweiten Ausbildungsoffensive mit entsprechender Bundesfinanzierung.</p> <p>Das von Ihnen angesprochene Grundschullehramt mit einem künstlerischen Fach wollen DIE LINKE. Berlin so schnell wie möglich - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen - flexibilisieren, um die Anzahl grundständig ausgebildeter Lehrkräfte in diesem Bereich zu erhöhen. Parallel</p>

	<p>setzen wir uns dafür ein, dass die Senatsbildungsverwaltung das im letzten Jahr dramatisch reduzierte Weiterbildungsangebot im Bereich Musik für Bestandslehrkräfte wieder ausbaut.</p> <p>Die bestehenden Quereinstiegsmaster-Angebote halten wir für eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen sie deshalb qualitätssichernd und bedarfsgerecht ausbauen. Die Attraktivität des Lehrer*innenberufs wollen wir steigern, indem wir die Arbeitsbedingungen an den Berliner Schulen verbessern. Dazu gehört neben der flächendeckenden Etablierung multiprofessioneller Kollegien perspektivisch auch die Verkleinerung der Klassen, wenn genug Lehrkräfte und Räume dazu zur Verfügung stehen. Der Landesvorstand DIE LINKE. Berlin hat sich deshalb am 20. Januar 2023 mit den Streiks der Berliner Lehrkräfte für kleinere Klassen solidarisch erklärt und unterstützt die Forderung nach einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz.</p>
<b>B90/Grüne:</b>	<p>Berliner Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal. Wir befinden uns in einer Lage der Lehrkräfte Knappheit in Berlin und nehmen diese Herausforderung klar in Angriff. Wir wollen die Zahl der Lehramtsstudienplätze, besonders im Grundschullehramt, ausbauen, und die Möglichkeiten eines berufsbegleitenden Quereinstiegs etablieren, und sehen die Möglichkeit Quereinstiegsmaster zu unterstützen. Um Zeit zur Orientierung zu bieten, soll eine 6-wöchige Hospitation der Start für berufsbegleitende Ausbildungen in den Lehrberuf bilden. Absolvent*Innen mit Hintergrund in pädagogischen Studiengängen soll der Zugang zu Lehramt ebenso ermöglicht werden. Auch den Quereinstieg von geflüchteten Lehrer*Innen wollen wir vereinfachen, indem wir die Möglichkeit geben, mit nur einem Fach in der Schule unterrichten zu können. Auch eine Flexibilisierung der Fächerkombinationen im Lehramt Grundschule kann ein Mittel sein, mehr Lehrer*Innen zu begeistern. Die Themen der Zeit, wie Nachhaltigkeit, Inklusion, Digitalisierung oder Demokratiebildung müssen schon im Lehramtsstudium mehr Raum finden, um Lehrer*Innen auf eine Gesellschaft im Wandel vorzubereiten. Dafür wollen wir gezielt auch mehr Lehrer*Innen in vielfältigen Sprachen, um Kindern zu ermöglichen ihre Herkunftssprache als Fach zu wählen. Zudem sollten alle Studierende des Lehramts schon frühe praktische Erfahrungen sammeln, und die zweite Phase der Lehrerbildung und Fort- und Weiterbildung verbinden. Um Berlin als Standort für Lehrer*Innen attraktiv zu halten und die Qualität der Lehre stetig auszubauen, sind regelmäßige Fortbildungen unersetzbar. Zudem wollen wir von den Perspektiven Lehrender profitieren und Vorschläge in Bezug auf Schulstrukturen oder Unterrichtskonzepten berücksichtigen.</p> <p>Absolvent*Innen in Berlin sollen bessere Bezüge im Vorbereitungsdienst bekommen, und erhalten während eines Referendariats eine Zulage. Zudem wollen wir das Stipendienprogramm im Bereich MINT verstetigen und ausbauen.</p>
<b>SPD:</b>	<p>Die Lehrkräftebildung hat für die SPD höchste Priorität. Wir setzen uns für die Verstetigung der finanziellen Mittel für das Sonderprogramm in der Lehrkräftebildung ein. Die Hochschulen werden darin bestärkt, den Aufgaben der Lehrkräftebildung einen zentralen Stellenwert einzuräumen. Auf Betreiben der Koalition sind nunmehr die Mittel des 10-Millionen-Programms im Jahr 2024 zu 50 % und 2025 zu 80 % für den dauerhaften Aufbau von Studienplatzkapazitäten zur Verwendung freigegeben.</p> <p><i>Wird Ihre Partei die im derzeitigen Koalitionsvertrag vorgesehene Flexibilisierung der Fächerkombinationen im Lehramt Grundschule umsetzen (beispielsweise eine Kombination aus künstlerischem Fach und Mathe ODER Deutsch)? Ja</i></p> <p><i>Wird Ihre Partei die Verstetigung und den Ausbau der bestehenden Quereinstiegsmaster-Studiengänge unterstützen? Ja</i></p> <p><i>Was beabsichtigen Sie, um die Attraktivität für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums und für den Lehrerberuf in Berlin zu steigern?</i></p> <p>Für die Attraktivität des Lehramtsstudiums bauen wir Beratungsangebote weiter aus und erleichtern die Anerkennung von beruflicher und praktischer Vorerfahrung. Die von der Koalition wieder eingeführte Lehrkräfteverbeamtung wird eine gesteigerte Attraktivität des Lehrkraftberufs bewirken. Darüber hinaus gilt es, die Attraktivität durch gute Arbeitsbedingungen in den Schulen zu verbessern. Dabei sehen wir multiprofessionelle</p>

	<p>Teams, die in Kooperation miteinander unterschiedliche Aufgaben in den Schulen übernehmen und den Lehrkräften Raum für ihre Kerntätigkeit der Lehre lassen, als einen gewichtigen Baustein an.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Berlin leidet seit Jahren an einem eklatanten Mangel an ausgebildeten Lehrkräften. Aktuell fehlen rund 1.000 Lehrkräfte. Legt man allein den Bedarf des Landes Berlin zugrunde, besteht jedoch nicht nur eine Einstellungs-, sondern auch eine Ausbildungslücke. Der Handlungsdruck ist daher groß, zumal ausreichend qualifizierte und motivierte Lehrkräfte ein wesentlicher Faktor für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler sind. Darüber hinaus stellen sich neben den quantitativen Bedarfen bei der Lehrerausbildung in den kommenden Jahren auch qualitative Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf eine heterogene Schülerschaft, Inklusionsbedarfe und die Digitalisierung. Die Daueraufgabe der Lehrkräfteausbildung darf aus unserer Sicht nicht durch befristete Sonderprogramme abgesichert werden müssen.</p> <p>Wir wollen den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Ausbildung und Gewinnung von Lehrkräften für den Berliner Schuldienst durch die Gründung einer Allianz für Lehrkräftebildung begegnen. Ziel der Allianz für Lehrkräftebildung muss die zuverlässige personelle Planung für die Berliner Schulen sein, wobei langfristig eine Zumessungsrichtlinie von 110% angestrebt werden muss. Dabei müssen der Personalbedarf und die damit verbundenen notwendigen finanziellen Ressourcen an den Universitäten bei der Vorgabe für Studienplätze berücksichtigt werden. In dem auf Dauer angelegten Gremium soll eine standortübergreifende Zusammenarbeit aller Berliner Einrichtungen der Lehrkräfteausbildung sowie die regelmäßige Abstimmung mit den für Schulen und Hochschulen zuständigen Senatsverwaltungen gewährleistet werden. Ziel muss es sein, alle wesentlichen Akteure an einen Tisch zu holen, um das Lehramtsstudium modern und zukunftsfest zu gestalten, die Zahl der Lehramtsabsolventen zu steigern und den Mangel an Lehrkräften zu beheben. Insbesondere in den MINT-Fächern müssen die Anstrengungen verstärkt werden, junge und motivierte Menschen für das Studium zu begeistern und zum Abschluss zu führen. Um Anreize für die Aufnahme des regulären Lehramtsstudiums zu schaffen und Studienabbrüchen vorzubeugen, setzen wir uns unter anderem für eine Übernahmegarantie sowie zusätzliche Stipendien in Höhe von 500 Euro pro Monat während des Lehramtsstudiums ein, wenn anschließend in Berlin gelehrt wird. Wir wollen den Studienerfolg steigern und die Abbrecherquote im Lehramt reduzieren. Die Ausbildungsinhalte im Studium müssen bestmöglich auf die Schulpraxis angepasst werden. Inhalte wie Medienbildung, Inklusion und Sprachbildung müssen verbindlich als eigenständige Module in die Ausbildung mit einfließen.</p>
<b>AfD:</b>	<p>Die AfD-Fraktion war die einzige Fraktion, die vor Abschluss der Hochschulverträge davor gewarnt hat, dass die Zahl der Lehramtsabsolventen so nicht zu erreichen sein wird. Die 2022 erhobene Forderung der Partei Die Linke, man müsse den Hochschulen Mittel kürzen, wenn die Zielzahlen nicht erreicht werden, lehnt die AfD entschieden ab. Denn dies würde die Bereitschaft, die Absolventenzahlen zu steigern, senken.</p> <p>Die Forderung von Bildungssenatorin Busse, man solle den NC absenken, um mehr Studenten zu gewinnen, ist naiv. Wenn die Hochschulen bei der Aufnahme an ihre Grenzen stoßen, sind sie nach § 3 Hochschulzulassungsgesetz Berlin dazu verpflichtet, Beschränkungen einzuführen. Entscheidend ist, die Hochschulen konkret im Aufbau der Kapazitäten zu unterstützen. Das Zehn-Millionen-Euro-Programm für die Lehrerbildung an den Hochschulen zu verstetigen, ist dabei nur ein Baustein. Zur Lehrerausbildung brauchen die Hochschulen Personal und Räume und konkrete Unterstützung zur Schaffung der personellen und räumlichen Ressourcen.</p> <p>Die AfD sieht die hohe Zahl an Quereinsteigern kritisch. Zur Sicherung der Unterrichtsqualität sollten deshalb verstärkt Unterrichtsbesuche durch Studienprofessoren eingesetzt werden.</p> <p>Den Quereinstiegsstudiengängen fehlt zudem die Rechtsgrundlage, wie ein Urteil vom Januar 2023 zeigte. Es darf keine Entprofessionalisierung des Lehrerberufs geben.</p>

	<p>Unterricht an Grundschulen, insbesondere der Mathematikunterricht, wird oft fachfremd erteilt. Dies ist ein massives Problem für die Unterrichtsqualität. Nichtsdestoweniger ist eine Flexibilisierung der Fächerkombinationen im Lehramt Grundschule richtig. Die AfD setzt sich dafür ein, die Möglichkeit des Ein-Fach-Lehrers zu schaffen. Dies bedeutet, dass Quereinsteiger nicht zwingend berufsbegleitend ein zweites Fach nachstudieren müssten.</p> <p>Zur Attraktivitätssteigerung für das Lehramtsstudium sollten in den Mangelfächern Studienstipendien vergeben werden. Um den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten, sollen Lehrer von fachfremden Tätigkeiten entlastet werden. Dies gelingt über den Einsatz multiprofessioneller Teams. Lehrer an „Brennpunktschulen“ sollen eine Stundenermäßigung erhalten, die Arbeit an „Brennpunktschulen“ will die AfD durch ein eigenes Programm zur Trendumkehr dieser Schulen erleichtern.</p>
<p><b>6. Hauptstadtzulage:</b></p> <p>Beamte und Tarifbeschäftigte im Landesdienst erhalten eine monatliche Hauptstadtzulage in Höhe von 150€. Die Hochschulbeschäftigten erhalten diese Zulage nicht, in eklatanter Missachtung des Grundsatzes vom „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Die Hochschulen Berlins sehen sich in der Verantwortung, gute und attraktive Arbeitgeber zu sein, stehen aber für die erfolgreiche Besetzung von Stellen – insbesondere auch in unteren Tarifgruppen – in starker Konkurrenz zu anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und sind für die Gewinnung qualifizierten Personals auf die Zahlung der Ballungsraumzulage angewiesen.</p> <p><b>Unterstützen Sie die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Hochschulen als attraktive Arbeitgeber, speziell zur Umsetzung der Berliner Hauptstadtzulage?</b></p>	
<b>Die Linke:</b>	<p>Die Hauptstadtzulage wurde den Beamt*innen und Tarifbeschäftigten der Hochschulen bisher vorenthalten. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass hier ein einheitliches Verfahren gefunden wird, so dass auch die Beamt*innen und Tarifangestellten der Hochschulen davon profitieren.</p>
<b>B90/Grüne:</b>	<p>Wir teilen die Ansicht, dass gute Wissenschaft auch entsprechend gute Arbeitsbedingungen und Sicherheiten braucht und wollen uns für die Reduzierung von prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft aktiv einsetzen. Dazu gehört auch eine faire Bezahlung für geleistete Arbeit. Um geeignete Tarife von Beschäftigten des Öffentlichen Sektors zu halten und sich mit anderen Bundesländern kooperativ zu zeigen, sehen wir die Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder als wichtig an und wollen diese weiterverfolgen. Wir verfolgen Programme unabhängig der Hauptstadtzulage an Hochschulen, um die Arbeits- und Lebensqualität von Beschäftigten in der Wissenschaft in Berlin zu verbessern und die Attraktivität der Hochschulen als Arbeitgeber zu stärken.</p>
<b>SPD:</b>	<p>Die Zahlung der Hauptstadtzulage liegt im Ermessen der Hochschulen. Daraus entstehende Finanzierungsbedarfe sind im Rahmen der Hochschulvertragsverhandlungen zu berücksichtigen.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Die Ungleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen hinsichtlich der Gewährung der Hauptstadtzulage ist nicht nachvollziehbar und ein klarer Wettbewerbsnachteil. Die Missachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes führt dazu, dass die Hochschulen als Arbeitgeber an Attraktivität verlieren. Wir werden uns daher dafür einsetzen, diese Ungleichbehandlung, die gerade die unteren Tarifgruppen besonders benachteiligt, zu beenden.</p>
<b>AfD:</b>	<p>Die AfD unterstützt die Forderung, die Hauptstadtzulage für Hochschulbeschäftigte zu gewähren. Hochschulen sollten darüber hinaus Mittel erhalten, um gezielt Spitzenforscher zu gewinnen. <i>Brain Regain</i> statt <i>Brain Drain</i> muss das Ziel sein.</p>
<p><b>7. Versorgungslasten:</b></p> <p>Die aus den Globalhaushalten zu leistenden Zahlungen von Versorgungslasten stellen für die Hochschulen, und insbesondere die kleinen künstlerischen Hochschulen, eine enorme Belastung mit substanziellen, nicht planbaren Risiken dar und ist zukünftig kaum noch realisierbar.</p>	

<b>Werden Sie sich für die Übernahme der Versorgungslasten durch das Land Berlin einsetzen?</b>	
<b>Die Linke:</b>	Anders als in anderen Großhaushalten müssen die Hochschulen die Versorgungslasten aus ihren Globalhaushalten leisten. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass diese Ausgaben, vergleichbar mit anderen öffentlichen Bereichen, direkt durch das Land Berlin geleistet werden.
<b>B90/Grüne:</b>	Wir setzen uns für eine transparente, verlässliche und nachvollziehbare Finanzierung der Hochschulen über langfristig laufende Hochschulverträge ein. Eine Herausnahme der Mittel für die Versorgungslasten der Hochschulen aus den Hochschulverträgen würde aus unserer Sicht die Nachvollziehbarkeit der Finanzierungssummen und die Planungssicherheit der Hochschulen erhöhen. Im Sinne einer besseren Nachvollziehbarkeit der Hochschulfinanzierung setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel für die Versorgungslasten der Hochschulen weiterhin durch das Land Berlin und idealerweise in einem zu anderen Landesbeamten analogen Verfahren übernommen werden. Hierfür ist eine enge Abstimmung zwischen den jeweils zuständigen Senatsverwaltungen erforderlich.
<b>SPD:</b>	Steigende Kosten für die Hochschulen durch steigende Versorgungslasten sind durch das Land aufzufangen. Dies erfolgt üblicherweise über die Zuschüsse in den Hochschulverträgen. Für eine weitere Verortung der Kosten halten wir einen ausführlichen Dialog von Senat und Hochschulen für erforderlich.
<b>CDU:</b>	Grundsätzlich muss dafür Sorge getragen werden, dass die Versorgungslasten für die Berliner Hochschulen nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es bundesweit unüblich ist, dass die Hochschulen die Versorgungslasten aus ihren Globalhaushalten leisten. Wir werden uns daher dafür einsetzen, eine angemessene Lösung für die Übernahme der Versorgungslasten zu entwickeln, um die Hochschulen von für sie nicht beeinflussbaren Risiken zu befreien. Die Berliner Hochschulen müssen im Wettbewerb um die besten Köpfe auch international bestehen können. Wir werden darüber hinaus ein wettbewerbsfähiges Modell für gemeinsame Berufungen zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entwickeln, das sich hinsichtlich der Übernahme der Versorgungslasten an den anderen Bundesländern orientiert. Dazu zählt, dass diese gemeinsamen Berufungen auch künftig nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Daher wollen wir eine entsprechende Anpassung der umsatzsteuerlichen Regelungen erreichen.
<b>AfD:</b>	Die AfD hat sich dafür eingesetzt, eine klare Übersicht über alle Versorgungslasten des Landes Berlins zu erhalten. Für die Versorgung müssen Rücklagen gebildet werden, das Land Berlin muss den Hochschulen dabei finanziell beistehen.
<p><b>8. Hochschulsanierung und Hochschulbau:</b></p> <p>Die Berliner Hochschulen beziffern aktuell den Finanzbedarf für die Sanierung ihrer Bauten im Zeitraum 2023-2046 auf 8,2 Milliarden Euro.<sup>3</sup> Um den erheblichen Rückstau der Sanierungsbedarfe abzubauen, fordern die Berliner Hochschulen einen verlässlichen „Baukorridor“, der ab 2024 jährlich mindestens 300 Mio. € pro Jahr für Bausanierung zur Verfügung stellt. Ein solcher Baukorridor wurde 2016-2018 unter Müller/Krach mit den Hochschulen entwickelt und versprochen<sup>4</sup> und taucht aber aktuell in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Berlin noch nicht auf. Jede weitere Verzögerung führt zu weiterem, nichtlinearem Anwachsen der Sanierungsbedarfe – mit Gefahr für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Berliner Universitäten und Hochschulen.</p> <p><b>Unterstützen Sie die Initiative zur Einrichtung eines verlässlichen Baukorridors für den Berliner Hochschulbau? Wie werden Sie zur Realisierung beitragen?</b></p>	
<b>Die Linke:</b>	Die Berliner Hochschulen haben einen enormen Sanierungsstau. Je weniger Mittel in den Hochschulausbau investiert werden, umso höher sind die Baukostensteigerungen, die aus

<sup>3</sup> <https://www.lkrp-berlin.de/aktuelles/230109-sanierungs-und-baustrategie/index.html>

<sup>4</sup> <https://www.berlin.de/sen/archiv/wissenschaft-2016-2021/2018/pressemitteilung.736695.php>

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/wohl-32-milliarden-euro-noetig-berlins-hochschulen-mit-groessem-sanierungsbedarf-li.24639>

	dieser Verzögerung resultieren. Folglich ist es erforderlich, unverzüglich mit dem Abbau zu beginnen, um die Belastungen für den Landeshaushalt gering zu halten. Hierzu müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE. Berlin wird sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen, dafür einsetzen, dass ein ausreichender Baukorridor zur Verfügung gestellt und mit einem Masterplan untersetzt wird.
<b>B90/Grüne:</b>	Wir wollen auch bei den Investitionen Planungssicherheit für die Hochschulen schaffen und setzen uns für die Erarbeitung einer Landeshochschulentwicklungsplanung ein. Dabei wollen wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen Neubau und Sanierung schaffen. Insbesondere müssen auch im Hochschulbereich bei Bau- und Sanierungsvorhaben die Klimaziele des Landes besonders in den Blick genommen werden. Da die aktuell enorme Inflation auch den Bereich der Landesinvestitionen stark betrifft, gehen wir weiterhin von hohen Baukostensteigerungen aus, die den Abbau des ohnehin schon hohen Sanierungsstaus an den Berliner Hochschulen weiter erschweren werden. Dieser Herausforderung müssen sich das Land und die Hochschulen durch ein weiterhin hohes Ausgabenniveau für den Hochschulbau aber auch durch eine noch konsequentere Priorisierung stellen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass perspektivisch auch der Bund sein Engagement für den Hochschulbau ausbaut, insbesondere da, wo dringend notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz vorgenommen werden.
<b>SPD:</b>	Ja, die Hochschulen benötigen eine verlässliche und langfristige Investitionsplanung analog zur Schulbauoffensive. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der hohe Sanierungsrückstau abgebaut und dringend benötigte Neubauten finanziert werden. Bis 2035 sollen alle Campus der Hochschulen saniert und unter Berücksichtigung der Rolle der Hochschulen im Sozialraum des studentischen Wohnens, der Ausbildungsqualität und Daseinsfürsorge entwickelt werden.  Dafür gilt es, die Bauherrenschaft der Hochschulen weiter zu stärken. Die Bauplanung muss vereinfacht, beschleunigt und darüber hinaus die Anwendung innovativen, nachhaltigen Bauens ermöglicht werden.
<b>CDU:</b>	Wir wollen Berlin als Wissenschaftsstandort weiter stärken und die Rahmenbedingungen für exzellente Lehre und Forschung verbessern. Der Sanierungsbedarf der Berliner Hochschulen ist auf rund 8 Milliarden Euro angewachsen und muss zügig abgebaut werden. Seit vielen Jahren verschlechtert sich der bauliche Zustand der Berliner Hochschulen, so dass mittlerweile erhebliche Einschränkungen des Hochschulbetriebs zu verzeichnen sind und der Hochschulstandort Berlin an Attraktivität für Studentinnen und Studenten sowie Forscherinnen und Forscher einbüßt. Wir werden mit den Hochschulen einen Hochschulentwicklungsplan ausarbeiten, der notwendige Sanierungen und, wo erforderlich, Neubauten ermöglicht. In diesem Zusammenhang werden wir eine kriteriengestützte Prioritätenliste an Maßnahmen erarbeiten. Um weiteren Gebäudeverfall und steigende Kosten zu vermeiden, ist Eile geboten. Deshalb werden wir zusätzliche Maßnahmen prüfen, um den Hochschulen in erweitertem Umfang die Durchführung von Bauvorhaben in eigener Regie, aber auch kooperativ zu ermöglichen sowie neue Formen des Hochschulbaus in Public Private Partnership.
<b>AfD:</b>	Der Sanierungsbedarf im Bereich Hochschulbau wurde unter Müller/Krach ermittelt. Dieser Sanierungsstau muss kontinuierlich abgebaut werden. Baureife Projekte dürfen nicht ausgebremst werden. Die AfD hat sich in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, eine zusätzliche Milliarde in Wissenschaft und Forschung zu investieren.
<b>9. Befristung von Postdoc-Stellen:</b> Die aktuell gültige Version von §110(6) BerlHG sieht vor, dass die Universitäten alle haushaltsfinanzierten Postdoc-Stellen mit einer Zusage auf eine Dauerstelle zu versehen. Es wird derzeit geklärt, ob eine solche Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes überhaupt verfassungskonform ist; dazu sind Klagen beim Landes- und beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Die Regelung beschränkt massiv die Möglichkeit der Universitäten, befristete Postdoc-Stellen zur Qualifikation nach der Promotion einzurichten: Bei allem Interesse daran, vermehrt	

hervorragende Nachwuchswissenschaftler\*innen dauerhaft zu binden, kann die Regelung Chancen auf dem Weg in die Wissenschaft verhindern und damit auch zu einen gravierenden Wettbewerbsnachteil für die Berliner Universitäten in Konkurrenz zu anderen Exzellenzstandorten in Deutschland führen.

**Unterstützen Sie eine Initiative für eine Revision des §110(6)? Wie müsste eine solche Revision aus Ihrer Sicht aussehen, damit die Universitäten ihrer Verantwortung in der Ermöglichung und Gestaltung von Karrierewegen in der Postdoc-Phase gerecht werden können und keinen Wettbewerbsnachteil in Konkurrenz zu anderen Standorten bekommen?**

<b>Die Linke:</b>	Wir sehen dauerhafte Berufswege und Karriereperspektiven als Standortvorteil, um gerade im nationalen und internationalen Wettbewerb attraktiv für junge Wissenschaftler*innen zu sein. Zugleich wollen wir Wege finden, um Entfristungsmöglichkeiten auch für solche Post-Docs zu finden, die sich bereits in den Universitäten bewährt haben. Deshalb müssen die entsprechenden Regelungen angepasst werden, um hier ein qualitätssicherndes Verfahren zu etablieren, das z.B. auch bereits an den Hochschulen befindliche Wissenschaftler*innen umfasst. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. auf Bundesebene für eine Reform des WissZeitVG ein, so dass Wissenschaftler*innen auch außerhalb des Regelungsbereiches des BerlHG planbare Karrierewege eröffnet werden.
<b>B90/Grüne:</b>	Ein erfolgreicher Wissenschaftsstandort Berlin muss attraktive Arbeitsbedingungen bieten, um kreativen und innovativen Forschenden ein gutes Arbeitsumfeld zu bieten. Dieser Anspruch zeigte sich auch in den Novellierungen des Berliner Hochschulgesetzes, das nun unter anderem die Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau deutlich verbessert und transparente Karrierewege hin zu einer entfristeten wissenschaftlichen Tätigkeit schafft. Wir stehen für einen Paradigmenwechsel bei den Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, und wollen die Verknüpfung von dem Thema „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ mit den Landeszuschüssen weiterhin vorantreiben. Wir wollen sichern, dass Befristungen und prekäre Beschäftigung drastisch reduziert werden. Befristungen soll es nur in Ausnahmen geben, wenn diese besondere Rechtfertigungsgrundlage haben. In den Hochschulverträgen bisher verankert ist, dass strukturelle Daueraufgaben Dauerstellen brauchen – an Fachhochschulen gleichbedeutend mit der Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelbaus für leistungsstarke Wissenschaft. Befristungspraktiken werden häufig zum Nachteil der Beschäftigten abgeschlossen, insbesondere Frauen befinden sich überdurchschnittlich häufig in unsicheren, befristeten Verträgen. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten und wissenschaftliche Standards durch die Trennung von Betreuung, Begutachtung und arbeitsrechtlicher Weisungsbefugnis während der Qualifizierungsphase absichern. Zudem ist uns wichtig, das informell gelebte Lehrstuhlprinzip und personelle Abhängigkeiten zu reduzieren: Deshalb stehen wir dafür ein, eine Befristung von Stellen weitgehendst zu verhindern. Zusammen mit der Aufgabe, Outsourcing von Aufgaben zum Umgehen tarifrechtlicher Bestimmungen zu stoppen, Drittmittel finanzierte wissenschaftliche Arbeit auf Dauerstellen umzulenken und jungen Nachwuchs Wissenschaftler*Innen Perspektiven auf unbefristete Verträge anzubieten. Haushaltsfinanzierte, promovierten Wissenschaftler*Innen in Mittelbau und Professorenschaft sollen weiterhin, unter der Bestätigung eines qualitätssichernden Verfahrens, nach der zweiten Qualifikationsphase die Möglichkeit auf eine entfristete Stelle angeboten werden. So wollen wir zu einem attraktiven Wissenschaftsstandorts Berlin beitragen, der sich durch verlässliche Arbeitsbedingungen auszeichnet.
<b>SPD:</b>	Nein, denn wir sehen in der Umsetzung des §110(6) und der Ausgestaltung zukunftsfähiger Karrierewege und Departmentstrukturen an den Hochschulen einen erhöhten Wettbewerbsvorteil und keinen Nachteil. Mit dem Ausbau der Tenure-Track-Professuren als regulären Karriereweg und der Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus werden die Berliner Hochschulen attraktiver für hochqualifizierte Wissenschaftler. Wir werden Institute, die sich für die Einführung einer Departmentstruktur mit mehr unbefristeten Beschäftigungsperspektiven entschließen, beim Strukturwandel unterstützen.

	<p>Planbare wissenschaftliche Karrierewege sind Bestandteil von „Gute Arbeit in Wissenschaft und Forschung“. Darüber hinaus streben wir weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an den Berliner Hochschulen an. Promotionsstellen sollen der Dauer der durchschnittlichen Promotionszeit angepasst und bei 100 Prozent Arbeitszeit auch zu 100 Prozent bezahlt werden.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass sich Senat und die sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass Drittmittel des Bundes nicht zwingend mit befristeter Beschäftigung des wissenschaftlichen Mittelbaus verbunden werden.</p> <p>Auch Stellen für die Einwerbung und Koordination von Drittmitteln sollen aus unserer Sicht als Dauerstellen geführt werden. So bilden sie einen Bereich des Wissenschaftsmanagements. Ein auf Dauer gestelltes, professionelles Wissenschaftsmanagement beinhaltet den Vorteil, dass unsere Wissenschaftler*innen und Forscher*innen sich nicht hauptsächlich mit der Akquise zukünftiger Gelder beschäftigen müssen.</p> <p>Die SPD hat die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen wesentlich verbessert. Erstmals vereinbart wurde mit den Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– eine fest vereinbarte Mindestquote an Dauerbeschäftigten an jeder Hochschule;</li> <li>– Mindestvertragslaufzeiten, die sich an der jeweiligen Projektlaufzeit orientiert;</li> <li>– die familienpolitischen Möglichkeiten für Haushalts- und Drittmittelbeschäftigte vollumfassend auszuschöpfen;</li> <li>– die Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses durch das so genannte TenureTrack-Gesetz zu stärken;</li> <li>– Mindest-Honorare für Lehrbeauftragte zu zahlen sowie den studentischen Tarifvertrag zu erhalten und auszubauen.</li> <li>– Fremdvergaben zu vermeiden und Ausgründungen wie die Betriebsgesellschaft am Botanischen Garten in die Hochschule und damit in den TVL zurückzuführen.</li> <li>– Zudem wurden die Mindeststundenlöhne bei der Charité Facility Management (CFM) erhöht und im Januar 2019 die CFM zu 100% in öffentliches Eigentum überführt.</li> </ul> <p>Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und auch in Zukunft an der Erreichung unseres Ziels „Gute Arbeit in Wissenschaft und Forschung“ arbeiten.</p>
<p><b>CDU:</b></p>	<p>Wir werden uns für gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege an den Hochschulen einsetzen. Befristungen sind im Wissenschaftssystem jedoch grundsätzlich notwendig, um auch zukünftigen Generationen den Zugang zu wissenschaftlicher Qualifikation zu ermöglichen. Dabei muss stets der Grundsatz gelten, dass Arbeitsverhältnisse nur begründet befristet und Kettenverträge vermieden werden. Vertragslaufzeiten müssen verbindlich an die Dauer der Qualifikation gekoppelt werden. Bei drittmittelfinanzierten Projekten sollen die Arbeitsverträge über die gesamte Dauer der Mittelbewilligung geschlossen werden. Wir begrüßen es, dass die Berliner Hochschulen die Zahl ihrer unbefristeten Stellen in den zurückliegenden Jahren deutlich ausgebaut und die Vereinbarungen der Hochschulverträge somit erfüllt haben.</p> <p>Dass die Hochschulen aufgrund der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes zukünftig verpflichtet werden sollen, Postdocs grundsätzlich zu entfristen, lehnen wir ab. Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Arbeitsrechts liegt beim Bund. Zudem geht der Automatismus zur Entfristung von Postdocs zu Lasten nachfolgender Generationen, denen in der Folge Qualifikationswege verstellt werden. Die Hochschulen können ihrer Aufgabe der kontinuierlichen Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nur nachkommen, wenn die beschränkt vorhandenen Qualifikationsstellen auch wieder frei werden. Zur ständigen Nachwuchsförderung ist die Befristung der Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich insofern sachgerecht. Die Regelung zur automatischen Entfristung von Postdocs werden wir daher rückgängig machen. Berlin braucht ein rechtssicheres und generationengerechtes Hochschulgesetz, das den Exzellenzstandort stärkt und die</p>

	Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen sichert. Unzulässige Eingriffe in die Hochschulautonomie lehnen wir ab.
<b>AfD:</b>	<p>Die AfD-Fraktion hatte bereits bei Verabschiedung der entsprechenden Hochschulnovelle Änderungsanträge eingebracht. Der Änderungsantrag zu § 110 (6) basierte auf einem Gutachten, dass der Wissenschaftliche Parlamentsdienst für die AfD-Fraktion erstellt hat. Es ist richtig und wichtig, Postdocs eine Karriereperspektive zu bieten. Dies erreicht man aber nicht, indem man die Hochschulen gesetzlich dazu zwingt – ohne die dazu notwendigen Mittel bereitzustellen. Der Weg zur Ermöglichung und Gestaltung von sicheren Karrierewegen in der Postdoc-Phase muss über die gezielte Bereitstellung von finanziellen Mitteln führen. Eine gesetzliche Bindung der Hochschulen ist aus mehreren Gründen grundgesetzwidrig. Es darf auch kein Wettbewerbsnachteil für die Hochschulen entstehen.</p> <p>Die Berliner Hochschulen arbeiten derzeit an Modellen für Stellen für Lecturer und Researcher. Diese sollten nach dem Tenure-Track-Prinzip vergeben werden. Beschäftigungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs der kommenden Jahre müssen dabei gewährleistet bleiben. Eine langjährige Verstopfung im akademischen Mittelbau würde der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widersprechen.</p>
<p><b>10. Studium in Berlin, studentisches Wohnen:</b></p> <p>Ein Studium in Berlin ist in den letzten Jahren sehr teuer geworden, die Preise für Lebensmittel, für Mensaeessen und für den öffentlichen Verkehr steigen, insbesondere herrscht aber ein eklatanter und wachsender Mangel an Wohnheimplätzen und an bezahlbaren Zimmern und Wohnungen für Studierende auf dem freien Markt: Berlin hat eine viel kleinere Quote an Wohnheimplätzen als an anderen Hochschulstandorten.</p> <p><b>Was werden Sie unternehmen, um das Studium in Berlin attraktiv und finanzierbar zu halten, um Studierende zu unterstützen – und insbesondere, um dem studentischen Wohnraummangel entgegenzuwirken?</b></p>	
<b>Die Linke:</b>	<p>Um Berlin attraktiv und finanzierbar für Studierende zu halten, bedarf es auf Landes- und Bundesebene multipler Anstrengungen. Um die Wohnsituation von Studierenden zu verbessern, müssen die Wohnheimplätze weiter ausgebaut werden. Bis 2026 schafft Berlin bereits rund 4.600 neue Plätze für Studierende. Auch nach 2026 müssen diese weiter ausgebaut werden, um den Bedarf zu decken. Für die Studierenden, die nicht in Wohnheimen wohnen, müssen die Mieten sinken und zusätzlicher Wohnraum gebaut werden. Berlin setzt sich hier auf Bundesebene für eine Öffnung des Mietrechts ein, der Ländern einen Mietendeckel ermöglicht. Das wäre eine Maßnahme, die auch weiteren Mitgliedern der Hochschulen zugutekommen würde. Zudem haben wir die Konzentration der Wohnungsbauförderung des Landes auf kommunale Träger vorgeschlagen. Damit könnten bis 2030 75.000 dauerhaft preiswerte Wohnungen entstehen, deren Bau auch nicht von Finanzmärkten oder Zinskrisen abhängig ist.</p> <p>Darüber hinaus steht DIE LINKE. Berlin weiterhin hinter dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“. Mit einer Vergesellschaftung könnte ebenfalls Druck aus dem Mietmarkt genommen werden, so dass das Wohnen abseits von Wohnheim und Eltern für Studierende weiterhin bezahlbar bleibt.</p> <p>Außerdem setzt sich DIE LINKE. auf Bundesebene für eine Reform der Studienfinanzierung ein, so dass Studierende über ausreichende Mittel verfügen, sich das Wohnen in einer Stadt wie Berlin auch zukünftig leisten zu können. Darüber hinaus braucht das Studierendenwerk durch das Land Berlin eine ausreichende Finanzierung, um Angebote wie die Sozialberatung, verschiedene Sozialfonds, die psychologische Beratung und kulturelle Angebote weiterhin zur Verfügung stellen zu können. Außerdem setzen wir uns für eine weitere soziale Öffnung der Hochschule ein.</p>
<b>B90/Grüne:</b>	Studierende als Gruppe sind ohnehin besonders ausgelastet und sind häufig multiplen Unsicherheiten gebündelt ausgesetzt. Nach der Corona Krise kamen die steigende Energiekosten und Inflation als zusätzliche Belastung auf Studierende zu. Finanzielle Unsicherheiten belasten viele Studierende, besonders in einer Stadt wie Berlin, in der

	<p>Wohnraum knapp und im Vergleich zu anderen Städten teuer ist. Die Attraktivität der Angebote in der Berliner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sollte allen Interessierten zugänglich sein, und nicht an finanzieller Not scheitern. Deswegen kämpfen wir als Bündnis 90/Die Grünen für eine Grundsicherung von Studierenden und Auszubildenden, um echte Wahlfreiheit für den eigenen Bildungsweg zu ermöglichen, egal woher jemand kommt. Deswegen muss das BAföG eltern-unabhängig, schuldenfrei, losgelöst von Regelstudienzeit und Alter weiterentwickelt werden. Studiengebühren und Studienkonten lehnen wir ab.</p> <p>Das Schaffen von mehr Wohnraum in Berlin ist ein größeres Vorhaben und geht einher mit dem Ziel Wohnraum für alle bezahlbar zu machen. Wohnraum konkret für Studierende soll zusätzlich durch sowohl städtische Baugesellschaften geschaffen werden, als auch durch das Studierendenwerk, dem wir Bauherrnschaft ermöglichen wollen. Auch Sonderprogramme zwischen Stadtentwicklung und Wissenschaft können eine Rolle in der Absicherung bezahlbaren Wohnraums für Studierende spielen. Damit der Standort Berlin für alle attraktiv und finanzierbar bleibt.</p>
<p><b>SPD:</b></p>	<p>Die Attraktivität und die Qualität der Studienangebote wollen wir auch durch die Begleitung der Hochschulen bei der Umsetzung der neuen Veranstaltungsformate gem. § 22 und 22a BerlHG steigern.</p> <p>Wir wollen eine verpflichtende Lehrevaluation, die in den Gremien der Hochschulen ausgewertet und mit systematischen Handlungsempfehlungen versehen werden. Als SPD setzen wir uns für bezahlbares Wohnen und vergünstigte Mobilität ein. Gegenüber dem Bund setzen wir uns weiterhin für eine BAföG-Reform ein, die es Studierenden ermöglicht, elternunabhängig ein Studium aufnehmen zu können.</p> <p>Bei der Planung von Studierendenwohnraum sollen innovatives Denken und Planen die Umsetzung beschleunigen und vereinfachen. Wir werden prüfen, inwieweit Schnellbauverfahren, vereinfachte Standards oder Modulbauweisen wirksame Mittel für den Ausbau des studentischen Wohnraums sein können. Studierendenwerk, Baugenossenschaften und die Hochschulen sollen als Kooperationspartner den Ausbau des Studierendenwohnens beschleunigen können. Eine stärkere Einbindung der Berlinovo beim Ausbau wird geprüft. Das neue Bund-Länderprogramm "Junges Wohnen" wird vollumfänglich ausgeschöpft werden, um die zusätzliche Förderung für den Bau von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung nutzen zu können. Darüber hinaus wollen wir mehr Vielfalt der Wohnformen für Studierende und Gastwissenschaftler:innen verwirklichen und Wohnen bei der Campus-Entwicklung mitdenken.</p>
<p><b>CDU:</b></p>	<p>Zur Erhöhung der Attraktivität des Studiums in Berlin werden wir die Qualität der Lehre stärken und die hochschulinterne Beratung der Studentinnen und Studenten ausbauen. Studentische Beschäftigte sollen wieder in der Studienberatung, in den Auslandsbüros und in den Bibliotheken eingesetzt werden dürfen, um die Serviceleistungen der Hochschulen den Studenten gegenüber zu verbessern. Wir werden die Teilhabe von Studentinnen und Studenten mit Beeinträchtigung, Familie oder pflegerischen Aufgaben erleichtern. Da im Zuge der Digitalisierung die digitale Lehre und die Nutzung von Online-Ressourcen immer wichtiger werden, soll jede Hochschule barrierefreie Online-Lehre und einen barrierefreien Online-Auftritt umsetzen. Wir werden Kitaplätze in Hochschulnähe ausbauen, um Studentinnen und Studenten mit Kindern zu entlasten. So wollen wir auch ausdrücklich die Familienfreundlichkeit für die Beschäftigten, insbesondere den akademischen Nachwuchs, stärken.</p> <p>Berlin ist ein beliebter Studienstandort und soll auch in Zukunft für den akademischen Nachwuchs bezahlbar bleiben. Seit Jahren ist unsere Stadt jedoch im bundesweiten Vergleich Schlusslicht bei der Versorgung mit studentischen Wohnheimplätzen. Rund 4.500 Studentinnen und Studenten befinden sich aktuell auf der Warteliste für einen Wohnheimplatz. Das muss sich ändern. Um zusätzliche Wohnheimplätze zu schaffen, wollen wir Genehmigungsverfahren entbürokratisieren und bestehende Wohnheime ertüchtigen, um mittels Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen kurzfristig Plätze zu reaktivieren.</p>

	<p>Um Bauvorhaben zu beschleunigen und frühzeitig Hemmnisse sowie geeignete Flächenpotentiale als Standorte zu identifizieren, aber auch um eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Bauträgern zu erleichtern, sprechen wir uns für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle „studentisches Wohnen“ beim Studierendenwerk aus. Selbstverständlich müssen wir hierbei die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften einbinden. Dafür möchten wir einen runden Tisch etablieren, dem die zuständigen Senatsverwaltungen, Bezirksverwaltungen, Hochschulen, WBG, Berlinovo, BIM, BimA sowie das Studierendenwerk angehören sollen.</p>
<p><b>AfD:</b></p>	<p>Die Zahl der Studenten wächst in Berlin seit Jahren, 2017 waren es gut 183.000. Zum WS 2021/22 waren es 203.869. Studenten in Berlin brauchen häufiger eine eigene Wohnung, weil in aller Regel rund 50 Prozent der Studienanfänger Neuberliner sind. 19.000 Studenten begannen im Wintersemester 2022/23 ihr Studium. Die Studentenschaft ist vielfältig, insbesondere der Anteil der Studenten mit Kindern ist in Berlin besonders hoch. Dies muss bei der Bereitstellung von Wohnraum mitberücksichtigt werden.</p> <p>Die Mieten in den Wohnheimen steigen nach Angaben des Studierendenwerks von durchschnittlich 290 Euro vor der Energiekrise um durchschnittlich 98 Euro auf 388 Euro pro Wohnplatz. Die AfD fordert ein Ende der Energie-Sanktionen gegen Russland, die allen Bürgern und auch den Studenten in Berlin hohe Belastungen aufbürden, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.</p> <p>Die Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen liegt in Berlin nur bei knapp über fünf Prozent – entsprechend der Kriterien, die der Dachverband Deutsches Studentenwerk (DSW) aufgestellt hat. Das ist deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von zehn Prozent, der letzte Platz im Ländervergleich. In der Statistik des DSW, aus der die Versorgungsquote errechnet wird, werden die Plätze der städtischen Wohnungsbaugesellschaften allerdings nicht berücksichtigt. Stand Oktober 2022 gibt es 9378 Plätze in 33 Wohnheimen des Berliner Studierendenwerks. Insgesamt gibt es in Berlin rund 11.600 Wohnplätze des Studentenwerks und anderer Anbieter.</p> <p>Stand 15.12.2019 befanden sich 3.533 Studenten auf der Warteliste. Auf der Warteliste standen zum Semester-Beginn 2022/23 gut 4600 Interessenten, am 1. November 2022 waren es immer noch 4200. Das aktuelle Angebot liegt deutlich unter dem Bedarf, das muss sich ändern.</p> <p>Die landeseigene Berlinovo soll bis 2025/2026 insgesamt rund 6000 Wohnplätze für Studenten schaffen. Um das Ziel von 6000 Wohnungen in den kommenden fünf Jahren zu erreichen, sollte man neben dem eigenen Neubau auch auf den Erwerb von Projektentwicklungen setzen.</p> <p>Neben der Bereitstellung von Wohnheimplätzen muss es auch andere Förderungen von studentischem Wohnen und Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes geben. Mögliche Instrumente sind die Bafög-Wohnpauschale, Programme zur Wohnplatzförderung, Studienstipendien. Studentenwohnungen müssen nach dem Studienabschluss auch konsequent freigezogen werden. Um den Wohnungsmarkt in Berlin insgesamt zu entlasten, fordert die AfD einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge und eine konsequente Durchsetzung der Abschiebung von Ausreisepflichtigen. Ziel muss eine nachhaltige Verbesserung der Wohnraumversorgung sein.</p>
<p><b>11. Beitrag der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) für eine wissenschaftliche und zugleich praxisorientierte Bildung von Fachkräften in Berlin:</b></p> <p>Die Hochschulen tragen aktiv zur regionalen Entwicklung von Berlin als Stadt der Zukunft bei. Dies gilt vor allem für die wissenschaftliche Bildung dringend benötigter Fachkräfte für die Wirtschaft, die Verwaltung und den SAGE-Bereich, gerade auch im dualen Studium. Die HAW tun dies trotz unterdurchschnittlicher Grundausstattung im Vergleich mit den HAW anderer Bundesländer.</p> <p><b>Wie will Ihre Partei die Sicherung und ggf. den Ausbau der Studienplatzkapazitäten der HAW sowie eine Angleichung ihrer Finanzierung an einen länderübergreifenden Mittelwert ermöglichen?</b></p>	

<b>Die Linke:</b>	Die Stärkung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wird ein Ziel bei den Verhandlungen zu den Hochschulverträgen sowie zum Doppelhaushalt 2024/ 2025 sein. Die Finanzierung muss hier den drastisch gewachsenen Aufgaben in der Ausbildung von Fachkräften, aber auch in Forschung und Transfer endlich gerecht werden.
<b>B90/Grüne:</b>	Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind für uns unschätzbar wichtige Akteur*innen in der Berliner Wissenschaftslandschaft, deren Bedeutung wir auch finanziell in den Vordergrund stellen wollen. Insbesondere in den Bereichen in denen die HAWen einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte leisten, beispielsweise aber nicht nur in den SAGE Fächern, wollen wir die Sicherung dieser Ausbildungskapazitäten vollumfänglich finanzieren und gegebenenfalls ausbauen. Hierzu gehört für uns auch ein Ausbau des hierfür erforderlichen Personals, insbesondere bei den Professor*innen und im Mittelbau.
<b>SPD:</b>	Wir sehen weiterhin den Bedarf an wissenschaftlicher Qualifikation in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Auf diese Herausforderungen wollen wir mit einem bedarfsgerechten Ausbau von Studienplätzen über die Hochschulverträge reagieren. Dabei sind auch Angebote dualer Studiengänge auszuweiten.
<b>CDU:</b>	<p>Die HAWs sind für Berlin unerlässlich. Sie bilden dringend benötigte Fachkräfte auf wissenschaftlichem Niveau und zugleich mit praktischer Orientierung aus. Berlin hat angesichts des Fachkräftemangels einen hohen Bedarf an Absolventinnen und Absolventen der HAW, gerade in den Bereichen der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften und der Informatik sowie im SAGEBereich. Dies gilt sowohl für die Berliner Wirtschaft, ganz besonders für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, als auch für den gemeinnützigen Bereich und die Berliner Verwaltung, auf die ein dramatischer Umbruch durch eine große Pensionierungswelle zukommt. Da die HAW zudem noch ganz besonders wichtig sind für den Bildungsaufstieg aus nichtakademischen Familien und auch aus Familien mit Migrationshintergrund, wollen wir die HAW zielgenau ausbauen und stärken.</p> <p>Wir werden zudem das an den HAW angebotene Duale Studium als anerkanntes Erfolgsmodell stärken und ausbauen. Dies soll primär in dem in Hochschule und Wirtschaft gut etablierten praxisintegrierenden Dualen Studium erfolgen.</p> <p>Darüber hinaus werden wir die Voraussetzungen für ein ausbildungsintegrierendes Duales Studium mit besonderen Zugangsbedingungen schaffen. Unser Anliegen ist es, das vorhandene Potential zum Ausbau dualer Studienplätze zu nutzen und in Kooperation mit den Hochschulen insbesondere das Angebot im MINT-Bereich und im Gesundheitsbereich sowie bei den Laufbahnstudiengängen, vor allem für die Allgemeine Verwaltung und die Polizei stärken. Ferner wollen wir das Duale Studium als qualitativ geschützten Ausbildungsweg sichern. Wir werden die Landeskommission Duales Studium verstetigen und die Landesagentur Duales Studium angemessen ausstatten, um das Duale Studium bei den Berliner Betrieben bekannt zu machen, Beratungsleistungen anzubieten und somit eine Lotsenfunktion zur passenden HAW und zu passenden Studiengängen zu übernehmen.</p>
<b>AfD:</b>	Der Ausbau der Studienplatzkapazitäten sollte in den Hochschulverträgen festgehalten werden. Im Haushaltsplan ist der entsprechende Aufwuchs abzubilden. Die Gegenfinanzierung erfolgt über Kürzungen in anderen Einzelplänen. Berliner Hochschulen dürfen im Bundesvergleich nicht zurückfallen.
<p><b>12. Perspektiven für die Standortentwicklung der HAW:</b></p> <p>Die HAW sind stark gewachsen und mit ihren Standorten in sechs Bezirken ein wichtiger und von der Politik bewusst eingesetzter regionaler Standortfaktor. Sie tragen aktiv zur regionalen Entwicklung einer Stadt der Zukunft bei. Die Standorte und Gebäudeinfrastrukturen müssen weiterentwickelt werden: Seit Jahren überfällige Umzüge, weniger Anmietungen, energetische Sanierung, nachhaltige Neubauten sind essentiell.</p> <p><b>Wie plant Ihre Partei eine angemessene Priorisierung und Finanzierung der Standortentwicklung der HAW?</b></p>	

<b>Die Linke:</b>	Für eine weitere Entwicklung fehlt es den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften derzeit vor allem an Räumlichkeiten. Der Umbau des ehemaligen Flughafens Tegel muss zügig starten, um der BHT einen neuen Standort mit Potential zur Entwicklung zu geben. Die HTW muss bei der Etablierung ihres neuen Standortes in Schöneweide unterstützt werden und der Ausbau der ASH muss weiter vorangebracht werden, so dass sie die an sie gerichteten Anforderungen weiter erfüllen kann. Auch die künstlerischen Hochschulen, darunter die Kunsthochschule Weißensee mit ihrem Neubaubedarf, müssen in einem Masterplan angemessen berücksichtigt werden und Studios, Bühnen, Ateliers und Übungsstätten müssen in ausreichendem Maße und in einer guten Qualität zur Verfügung stehen. Dafür werden wir uns in den Haushaltsverhandlungen einsetzen.
<b>B90/Grüne:</b>	Uns ist bewusst, dass unsere HAWen auch wirtschaftlich und sozial weit in die Bezirke hineinstrahlen, in denen sie ansässig sind. Die Standortentwicklung der HAWen nimmt für uns daher eine wichtige Rolle bei der gesamten Hochschulentwicklungsplanung ein und geht über die wissenschaftliche Bedeutung der jeweiligen Hochschulen hinaus. Wir werden die HAWen bedarfsgerecht weiterentwickeln und hierbei neben Großprojekten wie der Weiterentwicklung der BHT am Standort Tegel auch die Sanierung bestehender Standorte und nach Möglichkeit auch eine Reduktion von Mietkosten in den Blick nehmen. Eine Zusammenführung der HTW am Standort Schöneweide stehen wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiterhin wohlwollend gegenüber.
<b>SPD:</b>	Wir haben die Berliner HAWs und ihre Entwicklungsbedarfe im Blick und unterstützen Maßnahmen der Campuserwicklung, die ihre besondere Bedeutung im regionalen Umfeld berücksichtigen. Die bereits gegebenen finanziellen Zusagen für die Standortentwicklungen der vier staatlichen HAWen erachten wir als verbindlich.
<b>CDU:</b>	Die Berliner HAW sind in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen und erfreuen sich zu Recht einer großen Nachfrage bei den Studienplatzinteressierten. Gleichwohl sind die den HAW zur Verfügung gestellten Liegenschaften nicht im angemessenen Rahmen mitgewachsen und bestehende Liegenschaften konnten angesichts der mangelhaften Bereitstellung investiver Mittel teilweise nicht im erforderlichen Ausmaß saniert werden. Wir werden diesen Missstand beenden, indem wir beispielsweise die inakzeptable Situation für die Berliner Hochschule für Technik, die seit vielen Jahren auf einen neuen Campus TXL wartet, schnellstmöglich bereinigen und eine klare Perspektive mit der Hochschule ausarbeiten und umsetzen. Gleiches gilt für den Ausbau des Standorts Oberschöneweide für die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und einen Neubau bzw. die Übertragung von Landesflächen für die überwiegend auf Anmietungen angewiesene Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Auch die SAGE Hochschulen benötigen klare Perspektiven für ihre Immobilien. Wir werden die Liegenschaften im Fachvermögen Wissenschaft hochschulübergreifend sinnvoll nutzen, damit die Flächenauslastung optimiert wird.  Zu erfolgreichen HAW gehören auch moderne, gut ausgestattete und attraktive Standorte, an denen die Studentinnen und Studenten gerne studieren. Dazu gehört auch ein ansprechendes Umfeld und die Verfügbarkeit von studentischem Wohnraum (siehe 10.).
<b>AfD:</b>	Die AfD setzt sich dafür ein, die notwendigen Mittel für den Hochschulbau bereitzustellen. An notwendigen Investitionen in Wissenschaft und Forschung darf nicht gespart werden. Es darf auch nicht zu Verzögerungen kommen. Die Mittel im Haushaltsplan für Wissenschaft und Forschung müssen insgesamt deutlich erhöht werden.
<b>13. Förderung von Forschung und Transfer an der HAW:</b>	
Seit September 2021 ist das neue Berliner Hochschulgesetz in Kraft, das die Einführung des Promotionsrechts für die forschungsstarken Bereiche der HAW vorsieht. Bislang ist dieser Passus des Gesetzes nicht umgesetzt worden. Im Hochschulvertrag 2018-2022 wurde den HAW ein akademischer Mittelbau im Umfang von 0,25 Stellen je Professur zugesagt, allerdings bisher nicht vollständig finanziert und nicht an die aktuelle Zahl an Professuren angepasst. Das Institut für angewandte Forschung Berlin (IFAF) in Trägerschaft der HAW hat seit über zehn Jahren nur eine unsichere Finanzierung und muss Jahr für Jahr um sein Budget ringen.	

<b>Wie wird Ihre Partei Promotionsrecht, Mittelbau und IFAF voranbringen, damit die erwarteten Forschungs- und Innovationspotentiale an den Berliner HAW möglichst bald realisiert werden können?</b>	
<b>Die Linke:</b>	<p>Durch die BerIHG-Novelle im Jahr 2021 wurde nicht zuletzt auf Druck der Partei DIE LINKE. Berlin den HAW-en die Möglichkeit eingeräumt, eigene Promotionen durchzuführen und so den eigenen Bedarf an Nachwuchswissenschaftler*innen zu erfüllen. Wir erwarten, dass die Umsetzung nicht aufgeschoben wird. Wir brauchen keine Expertenkommission, sondern eine zeitnahe Verordnung seitens der Verwaltung. Dabei sind die Erfahrungen aus anderen Bundesländern einzubeziehen.</p> <p>Den Mittelbau an HAW-en haben wir als Riesenchance für die weitere Entwicklung der HAW-en vorangebracht und fordern, dass diese Erfolge nicht durch die anstehende LVVO-Änderung beeinträchtigt werden. Eine Kategorie WiMi Lehre wird an HAW-en nicht benötigt. Zudem ist die Lehrverpflichtung auf 12 SWS zu begrenzen, damit weitere Aufgaben in Forschung, Management und Transfer geleistet werden können.</p> <p>Das IFAF als Forschungsinstrument der HAW-en wollen wir stärken, absichern und schlagen eine Anbindung an die Einstein-Stiftung vor.</p>
<b>B90/Grüne:</b>	<p>Für die Erarbeitung der weiteren Voraussetzungen für das Promotionsrecht an HAWen wollen wir zügig und sorgfältig alle erforderlichen Schritte abschließen und die benötigte Umsetzungsverordnung in enger Abstimmung mit den HAWen erarbeiten und erlassen. Wir wollen, dass eigenständige Promotionen an den Berliner HAWen, insbesondere zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in neu akademisierten Fächern, so schnell wie möglich ermöglicht werden.</p> <p>Das IFAF werden wir absichern, weiterentwickeln und in Zukunft dauerhaft fördern.</p> <p>Wir unterstützen weiterhin den Ausbau des Mittelbaus an HAWen und setzen uns für eine ausbalancierte Weiterentwicklung der Personalstrukturen an unseren HAWen ein. Bei der anstehenden Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung werden wir auch die hervorragende Forschungstätigkeiten unserer HAWen angemessen berücksichtigen und übermäßig hohe Deputate im Mittelbau vermeiden. Wir wollen Gute Arbeit für alle Wissenschaftler*innen, auch und gerade an HAWen.</p>
<b>SPD:</b>	<p>Im Wissenstransfer der Berliner HAWs sehen wir großes Innovationspotential. Das IFAF werden wir dafür ausfinanzieren und verstetigen.</p> <p>Für die Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an den HAWs gilt es, diesen an die Rahmenbedingungen der Universitäten anzugleichen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen mit Daueraufgaben für die Weiterentwicklung von Studiengängen und Innovation in der Lehre sind weiterhin attraktiv zu halten.</p> <p>Wir stehen zum eigenständigen Promotionsrecht für HAW und unterstützen die Hochschulen bei dessen Einrichtung in forschungsstarken Feldern. Über die traditionelle anwendungsbezogene Lehre gehört die Forschung in zahlreichen Fachrichtungen schon lange zum Profil der HAW. Die Promotionsmöglichkeit ist daher nicht nur folgerichtig, sondern auch als akademische Perspektive des wissenschaftlichen Mittelbaus der HAW unabdingbar.</p>
<b>CDU:</b>	<p>Die HAW benötigen eine transparente Planungsgrundlage. Dazu zählt, dass vertraglich zugesicherte Stellenausstattungen auch ausfinanziert werden. Die Umsetzung des Promotionsrechts für HAW in forschungsstarken Bereichen muss durch eine Rechtsverordnung abgesichert werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Qualitätssicherung legen. Das IFAF werden wir dabei unterstützen, dem Auftrag noch besser nachkommen zu können, mit der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ forschen zu können, um Innovationen zu realisieren.</p>
<b>AfD:</b>	<p>Promotionsrecht: Das bereits 2021 eingeführte Promotionsrecht der HAW muss endlich umgesetzt, die immer noch fehlende Verordnung verabschiedet werden. Das neue Promotionsrecht gilt nicht pauschal für ganze Hochschulen, sondern wird gezielt für forschungsstarke Felder eingerichtet. Die Forschungsstärke muss gemäß Hochschulgesetz nachgewiesen werden. Über die Ausgestaltung besteht weiterhin Unklarheit. Es sollte</p>

	<p>geprüft werden, inwiefern NRW als Blaupause für Berlin dienen könnte. Die Hochschulen in NRW erhalten das Promotionsrecht nicht einzeln, sondern über das Promotionskolleg für angewandte Forschung.</p> <p>Mittelbau: Die AfD setzt sich dafür ein, Stellen für Lecturer und Researcher zu schaffen, um der prekären Lage des Mittelbaus entgegenzuwirken. Um den Plan (der HU) umzusetzen, im Rahmen eines „Zwei-Pfade-Plus-Modells“ Stellen für Lecturer und Researchern zu schaffen, braucht es die Überarbeitung zweier Rechtsverordnungen. Zum einen muss die Mitarbeiterverordnung (MaVo) geändert werden, die aktuell Daueraufgaben nur in Ausnahmefällen, zum Beispiel für die Betreuung von Großgeräten, kennt. Zum anderen muss die Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) geändert werden: Weil die Postdoktoranden vom Institut ausgewählt werden und selbstständig arbeiten sollen, brauchen die Professoren einen Ausgleich, sie müssten in ihrer Lehrverpflichtung entlastet werden.</p> <p>IFAF: Das IFAF leistet insgesamt sehr wertvolle Arbeit. Manche der IFAF-geförderten Projekte der ASH (z.B. über Sans-Papiers und die Mohrenstraße) ließen allerdings eine politisch-ideologische Schlagseite erkennen. Auch die Wahl der umstrittenen Amadeo-Antonio-Stiftung als Projektpartner ist aus unserer Sicht kritisch zu sehen.</p>
<p><b>14. Künstlerische Forschung und Promotionsrecht</b></p> <p>Mit seinen Empfehlungen zur postgradualen Qualifikationsphase an Kunst- und Musikhochschulen unterstreicht der Wissenschaftsrat (WR) die Gleichwertigkeit von Wissenschaft und Kunst/Design, die sich notwendigerweise auch in den postgradualen Abschlüssen an den KMHS niederschlagen sollte. Der WR weist darauf hin, dass Deutschland einen Wettbewerbsnachteil hat, weil es keine Doktorandenförderung für Kunst/Design-Disziplinen gibt. Auch wir erachten diesen Schritt als überfällig. Die Einführung einer auf einer qualitativen Auswahl basierenden und mit einer Förderung bzw. Ausbau des Mittelbaus versehenen 3. Phase ist programmatisch in Bezug auf die Bologna-Vereinbarungen, bildungspolitisch und grundlegend inhaltlich-gesellschaftlich notwendig.</p> <p><b>Unterstützen Sie den inhaltlichen und finanziellen Ausbau einer postgradualen Qualifikationsphase an künstlerischen Hochschulen und deren Verankerung im Berliner Hochschulgesetz? Wie sieht Ihre konkrete Unterstützung aus?</b></p>	
<b>Die Linke:</b>	Berlin unterstützt die künstlerischen Hochschulen dabei, Konzepte für die künstlerisch-wissenschaftliche Promotion qualitätssichernd zu entwickeln und wird anhand dieser Konzepte die entsprechenden gesetzlichen Änderungen auf den Weg bringen.
<b>B90/Grüne:</b>	Wir sehen künstlerische Forschung als gleichwertig mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen, und wollen auch künstlerische Forschung und Ausbildung fördern. Wir unterstützen die Ansicht, dass ein Promotionsrecht an künstlerischen Hochschulen ein Gewinn für Forschung und den Wissenschaftsstandort Berlin wäre. International hat sich die künstlerisch-wissenschaftliche Promotion weitgehend verbreitet, und auch in Deutschland gibt es bereits einige wenige Möglichkeiten in künstlerischen Fächern zu promovieren. Auch in Berlin gibt es solche Ziele von Kunst- und Musikhochschulen. Wir sind bereit die Hochschulen bei der Entwicklung von guten Konzepten zu unterstützen, um entsprechende Vorhaben realisieren zu können.
<b>SPD:</b>	Ja, die künstlerischen Hochschulen werden von uns darin unterstützt, postgraduale Forschungsprojekte auszubauen. Gemeinsam mit den künstlerischen Hochschulen wird eine Einführung eines Promotionsrechts auch an künstlerischen Hochschulen, angelehnt an das Promotionsrecht an HAWs, geprüft.
<b>CDU:</b>	Die Kunst- und Musikhochschulen zeichnen sich durch das besondere Verhältnis von künstlerischem, wissenschaftlichem und lehramtsbezogenem Studium aus. Sie vereinen künstlerische Lehre, Kunstausbildung und Forschung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie die Weiterentwicklung der künstlerischen Fächer gefördert und Masterstudiengänge und bestehende Angebote des dritten Zyklus wie Promotionsprogramme in den von den Kunsthochschulen angebotenen wissenschaftlichen Fächern sowie Meisterklassen und Konzertexamen gesichert werden. Promotionen in den rein künstlerischen Fächern halten wir nicht für zielführend, da Kunst nicht nach

	wissenschaftlichen Kriterien bewertet und eine Promotion nach einem postgradualen Abschluss nicht zur Voraussetzung für weitere künstlerische Vorhaben und Karrieren werden soll.
<b>AfD:</b>	<p>Die UdK erhielt über die BerlHG-Novelle das Promotions- und Habilitationsrecht für ihre wissenschaftlichen Fächer. Künstlerische und künstlerisch-wissenschaftliche Promotionen wurden zum Unmut der UdK, die in dieser Sache mehrere Schreiben an den Wissenschaftsausschuss richtete, ausgeschlossen.</p> <p>Der 128 Seiten starke Bericht „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der postgradualen Phase an Kunst- und Musikhochschulen“, den der Wissenschaftsrat vorlegte, gibt wichtige Impulse.</p> <p>Die AfD-Fraktion nahm die Schreiben der UdK und den Bericht des Wissenschaftsrats zum Anlass, die künstlerische Forschung als Besprechungspunkt mit Anhörung im Wissenschaftsausschuss anzumelden. Die AfD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass dieser Besprechungspunkt zeitnah auf die Tagesordnung kommt.</p>

\*\*\*